Nr. 276 3. März 1994

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2,50 DM

INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG



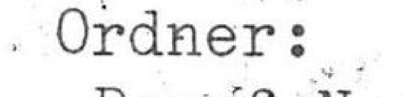
Kundgebung

von und für Frauen/Lesben vor dem Frauenknast

8. März ´94

17.00 JVA Plötzensee

Hallo, rechtzeitig zum Frauenstreiktag hat uns ein Beitrag von Frauen aus einer hamburger Rechtsanwaltskanzlei erreicht. Sie beschreiben ihre Aktivitäten gegen einen Vergewaltigerverteidiger, den sie durch einen Streik schließlich zum Austritt aus der Kanzlei zwingen. Für den 8.März wünschen wir allen Frauen/Lesben ähnlich erfolgreiche Aktionen.
Die autonome "Grundwertediskussion" um den Kongreß im Herbst scheint langsam in Gang zu kommen. Fünf Papiere dazu auf den Seiten 18-22. An einer Fortsetzung haben wir Interesse, also immer her mit euren Positionen. Konstruktiv und solidarisch sollte die Debatte jedoch schon bleiben; bei dem Münchner Papier waren wir uns da nicht immer so sicher.
Auf Seite 26 findet ihr ein Kritikpapier an autonomen Urlaubsreisen. Aus Platzgründen haben wir es schon einige Wochen aufgeschoben, denken aber, daß die letzten WinterurlauberInnen noch erreicht werden können.
Zu den Ereignissen in letzten Woche in Potsdam hat uns leider noch kein Beitrag erreicht. Die einzigen Infos findet ihr auf dieser Seite.
Zum Schluß noch ein Hinweis zur Verhinderung eines größeren Chaos in euren Privatarchiven. Wir haben zwei Ausgaben mit der Nummer 274 herausgebracht. Die schwarz-rote ist eigentlich Nr.273 und sollte das Datum 10.Feb.94 haben. Die echte 274 ist orange-blau.



Inhalt:

Ordner:
- -Beruf Neonazi,HH
- -Bürgerrechtler oder rechte Bürger?
- -Veranstaltung zu polit. Gefangenen
- -Erdbefreiungsoffensive
- -Freisrüche von Rathenower Antifas
- -Bloody Sunday
- -Zehn Thesen für eine autonome Nabelschau
- -Ändern Wahlen nichts?
- -Totentanz der Moderne-wie Entkommen?

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

HÄUSERKAMPFSOLIDARITÄTS DEMONSTRATION

Ständige Bullenkontrollen und weitere Räumungsdrohungen werden es nicht verhindern können, daß wir auch am Sonnabend auf Potsdams Haupt- und Nebenstraßen tanzen werden. Die Hegelallee 5 hat bewiesen, daß es nicht nötig ist, 30 DM für einen gepflegten Beatabend zu löhnen. Außerdem muß man sich nicht das eigene Vergnügen von dahergeschickten, berufsjugendlichen „Sozialarbeitern" organisieren lassen. Die Hegel 5 haben sie uns genommen. NA UND! Hier steht noch genug leer, wir müssen nur zugreifen - UND DAS WERDEN WIR AUCH TUN!

Sonnabend, den 5.3.94, 13 Uhr Platz der Einheit – Potsdam

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift:

V.I.S.d.P.: Charlotte Sc

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstve

Verschiedene Stufen der Gewalt

Vergewaltiger
Vergewaltigerverteidiger
Verteidiger der Vergewaltigerverteidiger

Männerkumpanei gegen Frauen

Aufgrund diverser Streitigkeiten und Auseinandersetzungen um einen Prozeß hier in Hamburg sehen wir uns genötigt, zu dem Thema Vergewaltigerverteidiger Stellung zu beziehen.

Es ist immer wieder verwunderlich, wie in der Linken seit über 2o Jahren Frauenkampf wahrgenommen bzw. ernst genommen wird: In Sachen Sexismus können sich reaktionäre und sich als links bezeichnende Männer gegenseitig auf die Schultern klopfen. Mit dem tagtäglich ausgelebten Sexismus unterstützen die Männer diesen Staat und fügen sich perfekt ein in das System der Unterdrückung. Um Anteil an der Macht zu haben, werden Frauen der sexuellen und emotionalen Ausbeutung in Familie und Beziehung - als Freiwild und durch alltäglich Anmache bis hin zur Vergewaltigung - ausgesetzt. Überall wo Frauen leben, werden sie vom System mit Hilfe der Männer unterdrückt und ausgebeutet, u. a. durch Gewalt in der Sprache, in den Medien und in den Gerichtssälen.

Ziehen Männer nicht die Konsequenz auch dieses Unterdrückungsverhältnis entschieden zu bekämpfen, machen sie sich der Mittäterschaft und des Täterschutzes schuldig. Die Solidarität gehört nicht den Unterdrückern, sondern den Frauen! Es gibt keine Unparteilichkeit in diesem Konflikt, es gibt keinen neutralen Standpunkt im Umgang und Bewertung dieser Gewaltverhältnisse, d.h., grundsätzlich Solidarität mit den Frauen und Mädchen, und nicht mit den Tätern der verschiedenen Stufen der Gewalt.

Nach wie vor gibt es Anwälte, die sich selbst u.a. als linke Strafverteidiger verstehen, die Vergewaltiger verteidigen/verteidigen wollen. Sie scheinen zu meinen, dies wäre mit linker Politik vereinbar.

Nun ein aktuelles Beispiel:

ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT/UM JENS WAßMANN WEGEN DER VERTRETUNG EINES MEHRFACHEN VERGEWALTIGERS UND FRAUENMÖRDERS

Anfang des Jahres 1993 forderte J.W. die Ermittlungsakte des "Mandanten" an und legt selbst eine Handakte mit dem bisherigen Schriftwechsel an. Durch einen Brief des Mandanten fällt einer Mitarbeiterin auf, daß es sich um denselben Mandanten handeln könnte, der bereits J.W. wegen der Veröffentlichung eines Buches über seine Lebensgeschichte angeschrieben hatte. Damals war ihr beim Durchblättern eine Passage aufgefallen, in der der Mandant kurz das zu "Unrecht" gegen ihn erlassene Urteil wegen Vergewaltigung angesprochen hatte. J.W. wird von ihr angesprochen und er meint, er müsse sich erst die Akte ansehen. J.W. teilt nicht mit, daß die Akte zwischenzeitlich eingegangen ist und er sie bereits selbst kopiert hat (seit der Anforderung der Akte ist klar, daß J.W. den Mandanten übernommen hat, denn sonst würde er die Akte überhaupt nicht bekommen. J.W. hat von sich aus die Beiordnung beantragt. Das Gericht hatte bereits eine Anwältin pflichtbeigeordnet).
Eine Mitarbeiterin wird durch einen weiteren Brief des Mandanten erneut an die Sache erinnert und sie holt sich die Akte. Die Mitarbeiterinnen sehen sich die Ermittlungsakte an. Dabei stellen sie fest, daß dieser Mandant vor Jahren wegen mehrfacher Vergewaltigung, sexueller Nötigung sowie dem Mord
an einer Frau verurteilt wurde (das sind "nur" die Verbrechen, für die er auch verurteilt wurde!). Die Mitarbeiterinnen gehen zu J.W. und fragen ihn, ob er ihnen was zu der Akte sagen kann bzw. was er in dieser Akte macht. J.W. fragt erstaunt wieso?, das ist eine Sache, wo er beigeordnet wurde, und das würde er machen. J.W. wird gefragt, ob er das Gleiche auch für einen Skin, der Ausländer gequält hat, tun würde. J.W.: "Natürlich nicht!"
Daraufhin weigern sich die Mitarbeiterinnen weiter für ihn zu arbeiten. D.h. es wird nicht mehr für ihn geschrieben und keine Kostenrechnungen mehr gemacht. Dies wird den anderen Anwälten mitgeteilt, die diese Entscheidung akzeptieren.
Es findet eine Bürobesprechung statt, an der die Anwälte und die Mitarbeiterinnen teilnehmen. J.W. wird nach seinem Verhältnis zu dem Mandanten gefragt und es wird von den Mitarbeiterinnen gefordert, daß er das Mandat niederlegt. J.W. sagt dazu, daß er sich die Akten noch nicht richtig angesehen hätte, daß es nicht um eine Verteidigung, sondern um eine Strafvollstreckung (der Mandant sitzt seine Haftstrafe in der geschlossenen Abteilung/Psychatrie ab) ginge, daß er die Psychatrie ablehnt und versucht Leuten rauszuhelfen. Die anderen Anwälte weisen ihn darauf hin, daß er sich verpflichtet sich voll und ganz für den Mandanten einzusetzen, wenn er das Mandat übernimmt und J.W. wird gefragt, ob er ihn wirklich raushaben will. J.W. sagt: ja, er will ihn rausholen. J.W. wird wiederum gefragt, ob er das Gleiche für einen Skin machen würde, der Ausländer gequält hat. J.W. antwortet ohne zu überlegen mit nein.
Eine Mitarbeiterin macht darauf aufmerksam, daß sie bei ihrer Einstellung extra auf den Bürokonsens hingewiesen wurde, daß in diesem Büro keine Faschisten, Vergewaltiger und Vermieter vertreten werden. J.W. sagt, daß dieser Fall für ihn nicht unter diesen Konsens fällt. Am Ende der Besprechung meint J.W., er wird das Mandat niederlegen. Er glaubt, daß die Arbeit nun wieder für ihn aufgenommen würde.
J.W. weiß, daß er über diesen Fall reden muß, denn er ist bereits bei dem ersten Briefwechsel auf "Merkwürdigkeiten" des Mandanten angesprochen worden. Dies hat er nicht getan und versucht sich noch während der Bürobesprechung mit Halbwahrheiten herauszuwinden.

Die Mitarbeiterinnen nehmen die Arbeit nach dieser Besprechung nicht wieder auf.
Darauf folgt eine Besprechung, die nur unter den Anwälten stattfindet, das Problem wird also zur Chefsache erklärt.

Letztendlich legt J.W. das Mandat dann auch nach ca. 1 Woche nieder. Bis zur Mandatsniederlegung ruft der Mandant immer wieder an. D.h., die Mitarbeiterinnen sind gezwungen, mit ihm zu telefonieren, was sie unterbinden, indem sie gleich wieder auflegen, sobald er sich meldet.
Die Mitarbeiterinnen stellen zwar anhand der Akte fest, daß das Mandat niedergelegt wurde, sie sehen aber auch die Begründung dafür. J.W. schreibt an das Gericht: Er sieht sich gezwungen, das Mandat niederzulegen, weil sich seine Mitarbeiterinnen seit der Übernahme weigern, für ihn zu arbeiten - auch die Anwälte sich gegen ihn stellen - und er sich in seiner beruflichen Existenz gefährdet sieht. Inhaltlich distanziert er sich nicht!!
Die Mitarbeiterinnen nehmen die Arbeit nach dieser Mandatsniederlegung nicht wieder auf, da sie die inhaltliche Auseinandersetzung nach wie vor fordern.

Der Mandant schreibt an J.W., daß er es unmöglich findet, daß die Mitarbeiterinnen und auch Anwälte so einen Druck ausüben (d.h. J.W. muß ihm davon berichtet haben), und daß es ja wohl nicht angeht, eine integere Person wie J.W. so zu belasten, daß er seine Arbeit nicht fortsetzen kann.
Es wird deutlich, daß er sich keinerlei Schuld bewußt ist und er sagt, daß
er mit dem Mord an der Frau der Gesellschaft doch eher einen Gefallen getan hätte, da es sich bei ihr um Abschaum handeln würde.
Spätestens jetzt ist klar, daß er auch heute noch ein Frauenhasser ist und seine gewalttätigen Verbrechen auch HEUTE NOCH korrekt findet.

Und spätestens jetzt hätte sich J.W. von diesem Mandanten auch INHALTLICH distanzieren müssen. Dies ist nicht passiert. J.W. behauptet weiter, er hätte sich noch kein abschließendes Bild gemacht und könne dazu nichts sagen.
Dies zeigt, daß er sich immer noch nicht damit auseinandergesetzt hat. Das einzige was passiert ist, daß J.W. die Akte "verschwinden ließ", sie den Mitarbeiterinnen also nicht mehr zugänglich ist.
Die Mitarbeiterinnen fordern weiterhin die inhaltliche Auseinandersetzung darüber und halten ihre Arbeitsverweigerung (mit Ausnahme Telefon) aufrecht. Sie weigern sich zur Tagsordnung überzugehen, da J.W. das Mandat nur aufgrund des Druckes niedergelegt hat und nicht, weil er sich inhaltlich damit auseinandergesetzt hat.

J.W. beginnt auf einzelne Mitarbeiterinnen zuzugehen, mal schreibt er einen Brief, mal will er reden. Es ist mit ihm geredet worden, es bestand immer noch Hoffnung, daß er sich damit auseinandersetzt, was es heißt, einen derartigen Sexisten zu vertreten, was aber letztendlich nicht passierte. Nach ein paar Tagen tut J.W. als ob nichts gewesen wäre.

Es findet wieder eine Chefbesprechung statt, weil die Arbeitsverweigerung nach wie vor aufrechterhalten wird, da J.W. sich immer noch nicht inhaltlich von seinem Mandanten distanziert. In dieser Besprechung wird J.W. noch einmal von den anderen Anwälten gesagt, daß er sich auseinandersetzen und dann auch seine Fehler eingestehen muß, weil die Arbeitsverweigerung sonst aufrechterhalten wird und dies kein tragbarer Zustand ist.
Daraufhin hat J.W. eine neue Idee. Es sollte gerade eine weitere Frau eingestellt werden, die für einen der anderen Anwälte arbeiten sollte. J.W. schlägt vor, daß diese Frau dann für ihn arbeiten soll, und wenn sie dies nicht tut, ihr mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu drohen. Die neue Angestellte kannte den Konflikt nicht und war auf den Arbeitsplatz angewiesen. Das heißt im Klartextdaß sie sich entweder von den anderen Mitarbeiterinnen distanziert oder rausfliegt.
Daß dies nicht praktikabel ist, da sie für einen anderen Anwalt eingestellt wurde, war auch den Anwälten klar.
Die Situation wurde untragbar, und den Mitarbeiterinnen wurde klar, daß J.W. gehen muß.
Auch damit setzt sich J.W. nicht auseinander, sondern fordert einen vollständigen Austausch des "Büroapparates", sprich aller Mitarbeiterinnen. Dies wird von den anderen Anwälten den Mitarbeiterinnen weitervermittelt, Die Mitarbeiterinnen fordern, daß sich die Anwälte zwischen ihnen und J.W. entscheiden müssen.
Zunächst passiert danach gar nichts. Am 15.2. kündigen die Mitarbeiterinnen an, daß sie nun ihre Kündigung schreiben werden (am 15. um ihre Kündigungsfristen einzuhalten).
Einer der Anwälte bittet die Mitarbeiterinnen damit noch zu warten, um am übernächsten Tag noch eine Besprechung einzuberufen. Dieser Anwalt sagt dann nach dieser Besprechung, daß er nach 8 Jahren Zusammenarbeit mit J.W. zu dem Schluß gekommen ist, daß jede der Mitarbeiterinnen mehr zum Funktionieren des Büros beiträgt als J.W. und er deshalb dafür ist, daß J.W. geht (der andere Anwalt hatte schon vorher angekündigt, daß er auch geht, wenn die Mitarbeiterinnen gehen) und deshalb beschlossen wurde, daß J.W. gehen muß.

J.W. kündigt an, daß er noch zwei Wochen im Büro sein wird, dann wegen eines privaten Termins abwesend ist und anschließend seinen Resturlaub
nehmen will und somit das Büro offziell zum 3o.6. verlassen wird. Diese Absprache wird mündlich getroffen und die Mitarbeiterinnen, für die die Situation im Büro unter J.W.'s Anwesenheit unerträglich ist, erklären sich bereit, bei der Abwicklung zu helfen, damit alles schneller geht, d.h. wieder eingeschränkt für ihn zu arbeiten.
Nach 3 - 4 Wochen ist J.W. immer noch im Büro anwesend, er bemüht sich weder um die Festlegung seines privaten Termins noch um einen neuen Arbeitsplatz. Es gibt sogar ein Angebot eines anderen Büros an ihn, wozu er sich aber solange nicht entschließen kann (trotz finanziellem Entgegenkommen des anderen Büros), bis dieses schließlich ihr Angebot an J.W. zurücknimmt.
Schließlich müssen die Bedingungen des Ausscheidens von J.W. zum 3o.6. dann schriftlich

festgelegt werden. Während seines "Urlaubs" arbeitet J.W. im Büro und weigert sich Personalkosten zu zahlen, obwohl wieder eingeschränkt für ihn gearbeitet wird.

Inzwischen wurde eine neue Anwältin eingestellt, die zum 1.7. in das Büro einziehen will. Sie geht am 3o.6. zu J.W. , um ihm zu sagen, daß sie den Raum braucht. J.W. sagt einfach, daß er erst am 5.7. in sein neues Büro kann, Punkt. Daß sie einen Anspruch auf den Raum hat, interessiert J.W. überhaupt nicht. Sie schlägt noch vor sich den Raum solange zu teilen, weil sie ja schließlich irgendwo arbeiten können muß, was von J.W. einfach abgelehnt wird.

Ab dem 1.7. ist J.W. offiziell nicht mehr im Büro und die Mitarbeiterinnen lassen ihm mitteilen, daß sie ab jetzt überhaupt nichts mehr für ihn arbeiten werden, auch keine MandantInnen mehr durchstellen(Telefon) werden. J.W. findet das unglaublich.
Noch am 3o.6. legt J.W. den Mitarbeiterinnen einen dicken Stapel diktierter Akten mit 2-tägiger Bearbeitungsfrist hin, die natürlich nicht bearbeitet werden. Auch nach dem 3o.6. gibt er den Mitarbeiterinnen immer wieder Anweisungen dies oder jenes zu tun und ignoriert die berechtigten Absagen der Mitarbeiterinnen vollständig.

Diese Tatsache allein ist mehr als Grund genug, jeden Kontakt abzubrechen.

Wir denken, diese ausführliche Darstellung zeigt deutlich, daß J.W. nicht nur "ein bißchen naiv" war, sondern, daß er kein Problem damit hat, Vergewaltiger zu vertreten. Die Hartnäkkigkeit, mit der er sich der Auseinandersetzung widersetzt hat, kommt aktiver Parteinahme, also Täterschutz gleich!

Nun zum grundsätzlichen Verhältnis zu Anwälten, die Vergewaltiger verteidigen. Diese Tatsache allein ist mehr als Grund genug, jeden Kontakt abzubrechen und um diese Tatsache geht es uns im wesentlichen.
Vergewaltigung ist die extremste Form sexualisierter Machtausübung. Eine sexuelle Versklavung von Frauen liegt in allen Situationen vor, in denen Frauen oder Mädchen ihre unmittelbaren Existenzbedingungen nicht ändern können, aus denen sie - unabhängig davon, wie sie hineingeraten sind - nicht hinauskönnen, in denen sie sexueller Gewalt und Ausbeutung unterworfen sind. Vergewaltigung, sexuelle Mißhandlung von Kindern (wobei Mädchen weitaus häufiger betroffen sind), die Herstellung und Vertreibung von Kinderpornos und die ganze lange Kette von "sonstigem" frauenverachtenden Verhalten ist imperialistische Machtausübung. Frauen, die letzte Kolonie. Die Verteidigung dieser Machtausübung dient ausschließlich dem Erhalt des patriarchalen Systems. Es ist nicht zu dulden, daß sexuell gewalttätige Männer für ihr Verhalten auch noch
Verständnis oder gar Unterstützung ernten. Anwälte, die sexuelle Gewalttäter verteidigen, betreiben aktiven Täterschutz und stehen mit ihnen auf einer Stufe. 1988 und 199o gab es eine breitere Diskussion um sog. "linke Anwälte", die Vergewaltiger verteidigen. Damals wurde (anfänglich) diskutiert, daß es möglich sei, Vergewaltiger zu verteidigen, wenn dies auf der Grundlage eines Geständnisses geschieht. Dies wurde damit begründet, daß so der betroffenen Frau die nervenaufreibende und erniedrigende Prozedur vor Gericht erspart werden könne. Es wurde weiter argumentiert, daß eine solche Verteidigungslinie für die Frau in jedem Fall besser ist, als wenn der Täter von einem nicht so "bewußten" Anwalt verteidigt wird. Dies erwies sich jedoch sehr schnell als Trugschluß. Ein Anwalt ist in jedem Fall verpflichtet, sich voll und ganz für seinen Mandanten einzusetzen. Im Fall eines (vereinbarten) Geständnisses heißt das, daß der Anwalt versucht, das Urteil soweit wie möglich zu drükken. Dies jedoch geschieht unweigerlich auf Kosten der betroffenen Frau/des betroffenen Mädchens.
Dem Anwalt steht ein reichhaltiges Repertoire zur Verfügung: Zum einen kann er versuchen, die Glaubwürdigkeit der Frau zu erschüttern, indem er sie als Hure darstellt, ihr Privatleben auseinandernimmt, sie in den Dreck zieht, um letztendlich klar zu machen, daß sie ja nicht ganz unschuldig sein kann.
So gerade geschehen durch den "linken" Anwalt Uwe Maeffert bei einem Vergewaltigungsprozeß in Lübeck (s. Gegenwind Nr. 65, November 93). Zum anderen kann der Anwalt damit argumentieren, daß der Täter zum "Opfer" seiner Triebe wurde, sie ihn provoziert hat, u.U. Alkohol im Spiel war, er "Opfer" seiner bedauenswerten Lebensumstände usw. ist. In diesem Fall wird der Täter zum Opfer gemacht. Meist werden beide Strategien kombiniert eingesetzt.

D.h. also: Es kann keine Verteidigung eines Vergewaltigers geben, die der betroffenen Frau/Mädchen auch nur annähernd gerecht wird!

In Vergewaltigungsprozessen (nicht nur) deutscher Justiz ist es jahrelange Praxis, daß die Glaubwürdigkeit der Frau, die oft als einzige Zeugin auftritt, angezweifelt wird. Es wird nicht die Schuld des Täters nachgewiesen, sondern die betroffene Frau muß beweisen, daß sie tatsächlich vergewaltigt wurde und sich einer absolut entwürdigenden Befragung aussetzen, wo wiederum sie beweisen muß, daß sie den Täter nicht in irgendeiner Weise provoziert hat. In vielen Fällen wird sogar ein Glaubwürdigkeitsgutachten der Frau von den jeweiligen Anwälten angefordert (so auch im Lübecker Prozeß von Uwe Maeffert). Diese Praxis, eher dem Täter als der betroffenen Frau Glauben zu schenken, ist auch in der sog. "linken" Szene Gang und Gäbe.
So wurde bislang dem Anwalt J.W. eher geglaubt, als den Mitarbeiterinnen im Büro, die unter Einsatz ihres Arbeitsplatzes um die Auseinandersetzung mit J.W. gekämpft haben. Auch hier mußten die Frauen alles ganz genau berichten, damit ihnen überhaupt geglaubt wurde.

Wir haben hoffentlich ausreichend deutlich gemacht, daß kein Thema "wichtig" genug sein

kann, um die Verteidigung durch einen Anwalt, der einen Vergewaltiger verteidigt und damit auf der Gegenseite steht, in Kauf zu nehmen und/oder zu legitimieren.

In der BRD gibt es derzeit keinen Befreiungskampf in dem Sinne, jedoch muß bei jeder Form des revolutionären Widerstandes das Ziel im Weg enthalten sein.

BEFREIUNGSKAMPF ORIENTIERT SICH AN DER REVOLUTIONÄREN FEMINISMA ODER FÜHRT IN EIN REFORMIERTES PATRIARCHAT (Mondsicheln, Nov. 93)

Dieses Flugblatt wird unterstützt von folgenden Hamburger Frauengruppen:

Bella, Frauengruppe ohne Namen, Frauenbande, Fantifa OmU, Komplizinnen, FrauenLesbentag im Schwarzmarkt und den Frauen der gemischten Ladengruppe des Schwarzmarkts

Und von folgenden gemischten bzw Männergruppen:

Männergruppe "Elend", Kommitee gegen den imperialistischen Krieg, Wenige aus der Hafenstraße, Männercafé im Döse, Männerarchiv, Unabhängige Kurdistan- Solidarität Gruppe

Lesetips:
Claudia von Werloff, Frauen die letzte Kolonie,
Maria Mies, Patriarchat und Kapital,
Birgit Rommelesbacher, Rechtsextremismus und Dominazkultur, in: Ein Herrenvolk von Untertanen



Analyse der aktuellen Situation in Italien

- Hintergründe des Bankrotts der politischen Klasse
- Woher kommen die Erfolge der Lega Nord und der Neofaschisten?
- Trotz "Staatskrise" wird Sozialabbau und Deregulierung beschleunigt

Das neue Erstarken der Autonomen

- die neue "Klassensolidarität von unten"
- Zusammenarbeit mit linksradikalen ArbeiterInnenkomitees
- die Widerstandskultur der besetzen Jugendzentren
- taktische Bündnisse mit linken Parteien

Veranstaltung
mit GenossInnen der Autonomia
Donnerstag, 3. März, 20 Uhr
Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23, Kreuzberg

Spendenaktion

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet - die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißhandelt. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens fallen diese Leistungen weg. Hinzukommt, daß die Frauen aufgrund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und - das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte - oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel.
Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und für Lebensmittelpakete.

Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen die Hilfe benötigen !

Unterstützungskreis für die Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten

Spendenkonto: Initiative für polnische KZ Versuchsopfer ; Gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.
KontoNr.: 43 00 87 70, Stichwort: Frauen in Warschau, Sparkasse Fürstenberg BLZ 16 05 19 52

8. MÄRZ
INTERNATONALER REVOLUTIONÄRER
FRAUENKAMPFTAG!

Der 8.März Frauenstreiktag 1994 in der BRD vorbereitet von verschiedenen Parteifrauen, Gewerkschafterinnen, Frauenprojekten oder autonomen Frauen ist ein reformistischer Konsens. Patriarchale Gesellschaftstrukturen werden nur in besonders augenfälligen frauenfeindlichen Punkten angegriffen, der imperialistische Staat BRD wird erst garnicht in Frage gestellt. Somit werden gerade die Frauen ausgegrenzt, die von der Politik der "Neuen" und auch der "Alten" Weltordnung in der Hauptsache betroffen sind. Dem wollen wir unsere Internationälität und Solidarität mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten weltweit entgegensetzen: Umwälzung der Gesellschaftsstrukturen an sich.

Nieder mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem

Auch die Wiederherstellung Großdeutschlands findet statt durch Ausbeutung und Unterdrückung. Es ist das Gesetz des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Ausbeutung von Menschen, die nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Es ist das Gesetz, daß Millionen von Menschen in die Arbeitslosigkeit drängt. Die kapitalistische Ideologie von Konkurrenz, Diskriminierung usw. ist von breiten Teilen der Gesellschaften verinnerlicht.
In noch verstärkterem Maße sollen Frauen, AusländerInnen, Flüchtlinge, ArbeiterInnen, sozial Schwache heute die Kosten der Lasten der Krise tragen. Von Betriebsstillegungen, Arbeitsplatzabbau, Massenentlassungen usw. sind vor allem auch ArbeiterInnen der ehemaligen DDR betroffen. Es ist von einer verdeckten Arbeitslosigkeit auszugehen, die die 8 Mio. Grenze erreicht. Inzwischen sind 65 % der Arbeitslosen in der BRD Frauen! Die Ausbeutung und Unterrückung von Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika waren und sind heute um so mehr ein tragender Faktor für den Reichtum und Wohlstand hier.

Schluß mit der expansiven Kriegspolitik!

Der BRD Imperialismus unterstützt die Kriegsführungen in den verschiedensten Ländern weltweit. Trotz der Demontage militärischer Anlagen und Strukturen nach 1945, hat die BRD nie aufgehört sich an Kriegen zu beteiligen. Die BRD bestrebt ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat zu werden. Anfang der 90er Jahre wurde sie drittgrößter Exporteur bedeutender Großwaffen. Sie ist zweitgrößter Waffenlieferant bspw. der Türkei und damit beteiligt an der Vernichtung des kurdischen Volkes. Die BRD zahlte allein dem faschistischen türksichen Staat Rüstungssonderhilfen in Höhe von 580 Mio DM im Jahre 1991.
Mit der Entsendung von Truppen nach Somalia ist die BRD inzwischen direkt an Kriegen im UNO-Maßstab beteiligt. Androhungen militärischer Invasionen wie bspw. in Ex-Jugoslawien sind gängige UNO-Politik.

Kampf dem patriarchalischen System

Krisen, Elend, Armut, Frauenarbeitslosigkeit, Gewalt gegen Frauen, Frauenarmut sind Produkt dieser Gesellschaft. Frauen sind benachteiligt im Lohnsystem, auf dem "Arbeitsmarkt" etc. Die Zahl der arbeitslosen Frauen in den neuen Bundesländern hat sich in den letzten zwei Jahren um 150 % erhöht; sie ist damit doppelt so stark gestiegen wie die der Männer. Wir fordern: Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Erhöhung der Frauenlöhne jetzt sofort!

Uns geht es nicht um die "Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen" (s. off. Aufruf des Köln-Bonn Streikkomitees) in diesem System. Auch als Frau "in gut bezahlten Positionen" heißt dies, die Beteiligung an Unterdrückung und Ausbeutung.
Frauen im wiedervereinigten Deutschland haben eine "besonders tragende Rolle": Den überlasteten Arbeitsmarkt räumen und sich der Aufzucht des deutschen Nachwuchses widmen. Die Verschärfung des § 218 bildet den Gipfel patriarchaler Herrschaftspolitik. Während imperialistische Bevölkerungspolitik Frauen in den abhängigen Ländern bspw. zwangssterilisiert, sollen deutsche Frauen mit deutschem Nachwuchs "das Land bereichern". (s.Bonner-Aufruf des DEUTSCHEN FRAUENRATES)

Hoch die internationale Solidarität! Grenzen auf, Bleiberecht für alle!

Die Politik der "Neuen Weltordnung" hat die nationalen Differenzen noch mehr verschärft. Nationalismus und Rassimus sind heute u.a. Gründe für reaktionäre Kriege wie im EX-Jugoslawien, u.a. ehemaligen Ost-Blockländern. In der BRD und auch in anderen europäischen Ländern sind AusländerInnen Angriffsziel faschistischer Banden. Faschistische Parteien sind in Parlamenten vertreten wie in Frankreich, Italien,... Die Faschisierung wird vom Staat selbst vorangetrieben. Die "Das Boot ist voll" Politik, Asyldebatte - Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Verfolgung von AntifaschistInnen usw. verstärken die Wut der Bevölkerung, die die Lasten der Krise in der Hauptsache tragen, auf AusländerInnen, Flüchtlinge usw.
Die Grenze der BRD nach Osten zur Tschechischen Republik und nach Polen wird von paramilitärischen Einheiten: BGS und freiwillige Polizeireserve (FPR), die sich größtenteils aus faschistischen Bürgerwehren rekrutiert, mit Rotfilmkameras kontrolliert. Weltweit sind nach Schätzungen 200 Mio Menschen auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Elend, "Umweltkatastrophen", Arbeitslosigkeit, politischer und nationaler Verfolgung. Diese Menschen werden als "Wirtschaftsflüchtlinge" diskriminiert, ausgebeutet, verfolgt, gejagt, abgeschoben.

Für einen politischen FrauenStreikTag!

Wir werden uns nicht damit begnügen, lediglich es zu Unterlassen, Kaffee zu kochen, zu lächeln, die Pause zu verlängern usw...(s. off.Streikaufruf) Wir wollen einen offensiven Streik in Betrieben, Schulen, Stadtteilen... Durchbrechen wir die reformistische und staatstreue Politik des DGB Apparates und des offiziellen Streikkomitees.

Für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung!
Kampf dem Patriarchat und Imperialismus weltweit!
Auf das es viele revolutionäre Frauenstreiks gibt.

An diesem Tag gilt unsere Solidarität insbesondere den politischen, antifaschistischen Frauengefangegen weltweit, die nicht mit uns ihre Kämpfe auf die Straßen tragen können. Wir grüßen euch alle und wünschen euch viel Liebe und Kraft.

BETEILIGT EUCH AN EIGENSTÄNDIGEN, REVOLUTIONÄREN AKTIONEN, BLOCKADEN! TRAGT EURE FORDERUNGEN MASSIV IN DIE BETRIEBE UND GEWERKSCHAFTEN! BILDET EIGENSTÄNDIGE, REVOLUTIONÄRE STREIKKOMITEES! SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN AKTIONEN UND DEN FORDERUNGEN VON REVOLUTIONÄREN FRAUEN!

DEMO 14.00 UHR SPRINGER VERLAG, KOCHSTR.,

ABSCHLUß ALEXANDERPLATZ

FRAUEN GEGEN IMPERIALISTISCHE KRIEGE!

(Bündnis von FrauenLesben Gruppen und Frauen um Bolşevik Partizan)

V.i.S.d.P.: M. Korkmaz 11 Stanley Road Leeds LNH8 England

WEG MIT DER ZWANGSARBEIT

im Tacheles, Pfefferberg, Haus der Demokratie und anderswo!

Neben Sozialkürzungen, Massenentlassungen und Lohnraub werden auch wieder verschiedene Formen von Zwangsarbeit verstärkt in Deutschland eingesetzt, um den Reichtum von unten nach oben umzuverteilen. Ende letzten Jahres hat die Bundesregierung alle Kommunen angewiesen, SozialhilfeempfängerInnen in "Arbeitsgelegenheiten" einzuweisen, wo sie für einen "Aufwandentschädigung" von 1-3 DM pro Stunde malochen müssen. Wer das ablehnt, muß mit einer Kürzung oder vollständigen Streichung der Sozialhilfe rechnen. Mit dieser Zwangsmaßnahme sollen zum einen erklärterweise Menschen aus der Sozialhilfe herausgeekelt und gezwungen werden, im Niedriglohnsektor zu arbeiten. Zum anderen werden massenhaft kommunale Arbeitsplätze vernichtet, auf denen dann quasi unbezahlte ZwangsarbeiterInnen eingesetzt werden. So kam es z.B. in Leipzig vor, daß jemand seinen tariflich bezahlten Job verloren hat, um später dieselbe Tätigkeit als Zwangsarbeiter zu verrichten. Die jüngst im Kabinett verabschiedete Gesetzesvorlage, Arbeitslose zur Erntearbeit zu verpflichten spricht für sich....
Die Möglichkeit der zwangsweisen sogenannten "Gemeinnützigen und Zusätzlichen Arbeit (GZA)" gibt es schon lange, jedoch scheiterte die massenhafte Umsetzung bislang immer am Widerstand der Betroffenen und der Ablehnung einer kritischen Öffentlichkeit, die solche Praktiken ganz einfach an den Reichsarbeitsdienst erinnerten.

Diese Bedenken scheinen heute, wo mit jedem "Solidarpakt" die Gürtel derjenigen engergeschnallt werden sollen, die sowieso schon am wenigsten haben, wie weggewischt:
In Berlin beuten inzwischen zahlreiche Projekte aus dem Kultur- und Alternativbereich Menschen aus, die vom Sozialamt zur Zwangsarbeit genötigt werden. So auch Tacheles, Pfefferberg und Haus der Demokratie, die anscheinend heute den geladenen PolitikerInnen zeigen wollen, daß sie sich mit ihrem unternehmerischen Freigeist im alternativen Sumpf durchsetzen können.

Oft argumentieren diese Projekte, daß sie selber von Mittelkürzungen, ABM- Streichungen u.ä. betroffen seien und ihre ach-so-wichtige Arbeit nur mit Hilfe von ZwangsarbeiterInnen aufrechterhalten könnten.

Wir werden aber nicht zulassen, daß hier- wie es leider sehr verbreitet ist- sozialer Druck nach unten weitergegeben wird. Wir SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose werden nicht für diese Projekte die Folgen staatlicher Politik ausbaden. Auch wir müssen uns gegen die Schikane- und Kürzungspolitik zur Wehr setzen - diese Möglichkeit haben alle!

Das Argument, mensch würde den Soz-EmpfängerInnen Schlimmeres ersparen, weil die Arbeit im Alternativprojekt immer noch angenehmer wäre als beim Gartenbauamt, ist absolut heuchlerisch. Es gibt genügend andere Möglichkeiten, von Zwangsarbeit Betroffenen zu helfen...
Die Zwangsarbeit kann zur Zeit nur massenhaft durchgesetzt werden, wenn ausreichend Stellen auch von "freien Trägern" angeboten werden, da die Zahl der von den Bezirken eingerichteten "Arbeitsgelegenheiten" bei weitem nicht ausreicht. Gleichzeitig wird die Akzeptanz für Zwangsarbeit auch bei sonst kritisch eingestellten Leuten gefördert, wenn Menschen sich nur dem vermeintlich "sanften" Arbeitszwang im angesehenen alternativen Kulturprojekt beugen müssen, statt fürs Gartenbauamt Müll zu klauben und Laub zu harken - obwohl die Tätigkeiten dort oft diesselben sind.

Deshalb fordern wir:
-- Boykottiert jede Form von Zwangsarbeit! Kein Arbeitszwang gegen Erwerbslose!
-- Für Leute, die den Job freiwillig machen wollen: Tarifgerechte Bezahlung bei vollständiger arbeitsrechtlicher Absicherung! Kein Lohn- und Sozialdumping!

Projekte, die weiterhin ihr Süppchen mit der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen kochen, müssen mit unserem Widerstand rechnen.

Autonome Erwerbslosen - Gruppe

Am Sonnabend, dem 26.2. sollte im Haus der Demokratie eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Alternativer Sumpf und unternehmerischer Freigeist" stattfinden. Geladen waren neben VertreterInnen der Projekte "Tacheles", "Pfefferberg" und "Haus der Demokratie" noch die Politikerinnen Bärbel Bohley, Anne Klein, Barbara Esser (Referentin für dezentrale Kulturarbeit der Senatsverwaltung) und Eva Mendel (Stadträtin für Jugend, Familie und Kultur in Mitte). Besonders "spannend" fanden wir die Veranstaltung unter diesem bezeichnenden Motto, da alle vertretenen Projekte -wie unsere Recherchen ergaben- ZwangsarbeiterInnen nach § 19 BSHG beschäftigen. Krassester Fall war der "Pfefferberg", der sich beim Sozialamt 14 Leute zur "Winterfestmachung" des Geländes bestellt hat (von denen aber nur ca. 5-6 auftauchen).
Nachdem sich die TeilnehmerInnen des Podiums vorgestellt hatten, verteilten wir unser Flugblatt (siehe oben), besetzten mit einem Transparent das Podium und verlangten von den ProjektvertreterInnen eine Stellungnahme. Diese standen von Beginn an unter dem Druck eines mit unserer Aktion sympatisierenden Publikums (sogar einige PolitikerInnen waren entsetzt von der Tatsache,daß in den Projekten Zwangsarbeit geleistet wird), sie brachten einige recht dünne Rechtfertigunsversuche, vor allem der Pfefferberg-Vertreter tat sich mit peinlichen Sprüchen hervor, wie: "Meistens sitzen die Erwerbslosen doch nur zuhause rum und wissen nichts mit sich anzufangen, da sollen sie doch ruhig mal...". Erschreckend oft wurde argumentiert, daß die Leute, die freiwillig im Projekt arbeiten würden, schließlich auch kaum Geld dafür bekämen. Scheinbar fördert die Selbstausbeutung auch die Bereitschaft, von anderen dasselbe zu verlangen und sich dabei auch der Zwangsmittel des Sozialamtes zu bedienen..
Insgesamt waren diese Statements aber isoliert, die Veranstaltung sprach sich geschlossen für die Verabschiedung einer Resolution aus, welche die Projekte verbindlich diskutieren und übernehmen sollen (siehe unten). Unser weiteres Vorgehen machen wir von den Ergebnissen dieser Diskussion abhängig.
Da wir natürlich nicht nur die Zwangsarbeit in diesen alternativen Projekten bekämpfen wollen, sind wir an weiteren Informationen über Einsatzorte von ZwangsarbeiterInnen, Arbeitsbedingungen und "Vermittlungs"-praktiken auf dem Soz interessiert. Wenn Ihr was wißt, schreibt uns bitte. Wenn ihr bereits Erfahrungen mit Soz-Zwangsarbeit gemacht habt, füllt unsere gelben Fragebögen aus, die in Kneipen und Buchläden ausliegen !!!

Schickt Alles an: **Autonome Erwerbslosen - Gruppe, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin**

Resolution

Wir erklären, daß wir alle Formen von Zwangsarbeit gegen Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und Andere ablehnen und aufs Schärfste verurteilen. Deshalb beschäftigen wir in unserem Projekt keine ZwangsarbeiterInnen nach §19a BSHG.
Wir fordern darüber hinaus alle Projekte, Verbände und Institutionen auf, sich dieser Erklärung anzuschließen und keine Zwangsarbeitsstellen nach § 19a BSHG zu betreiben.
Wir fordern von den Bezirks- und Sozialämtern, die Zwangsverpflichtung von SozialhilfeempfängerInnen zum Arbeitsdienst nach § 19 BSHG sofort einzustellen.

Diese Resolution ist von den ca. 50 TeilnehmerInnen der Veranstaltung "Unternehmerischer Freigeist und alternativer Sumpf" am 26.02.94 im Haus der Demokratie einstimmig verabschiedet worden. Nur die anwesenden VertreterInnen von Tacheles, Haus der Demokratie und Pfefferberg können die Resolution (noch) nicht unterstützen, denn sie beschäftigen in ihren Projekten SozialhilfeempfängerInnen nach § 19a BSHG.
Unseres Erachtens wird damit der breiten Einführung von Zwangsarbeit Vorschub geleistet. Wir erwarten gerade von Projekten, die sich einen linken oder alternativen Anstrich geben, eine öffentliche, politische Stellungnahme zu ihrer Praxis, ZwangsarbeiterInnen zu beschäftigen und fordern sie auf, sich der Resolution mit ihren praktischen Konsequenzen anzuschließen!

Presseerklärung:

Berlin, Mittwoch den 23.02.1994

Ernteeinsatz im Arbeitsamt!

Wir Arbeitslosen haben heute schon mal für den Ernteeinsatz auf dem Feld geübt. Die Früchte unserer Arbeit haben wir beim Arbeitsamt IV in der Charlottenstr./ Kreuzberg abgeliefert: 2 Zentner verfaultes Obst und Gemüse landeten in der Eingangshalle und vor dem Büro des Direktors!

Im Januar verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf, wonach BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe zur Saisonarbeit im "erntenahen Bereich" eingesetzt werden sollen: bis zu drei Monate Zwangsarbeit bei der Apfelernte, Weinlese, in der Konservenfabrik...Wer sich weigert, bekommt 2 Monate lang keine Arbeitslosenhilfe. Gleichzeitig wurden in den letzten Wochen die Bedingungen für die meist polnischen SaisonarbeiterInnen verschärft, die erklärtermaßen durch Arbeitslose ersetzt werden sollen.
Zwangsarbeit für Flüchtlinge, SozialhilfeempfängerInnen und demnächst auch für Arbeitslose.... das alles erinnert uns stark an den "Reichsarbeitsdienst" der Nazis!

Sozialkürzungen, Lohnraub, Zwangsarbeit - Wir lassen uns nichts mehr gefallen. Die kleine Aktion heute war erst der Anfang...

Die fleißigen ErntehelferInnen

Arbeitslose als Erntehelfer

Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das den Abschluß befristeter Arbeitsverträge für 18 Monate zuläßt, soll von 1995 bis zum Jahr 2000 verlängert werden. Die Bezieher von Arbeitslosenhilfe sollen verstärkt zu zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen, für allem für Erntearbeiten, herangezogen werden. Dabei wird die Arbeitslosenhilfe weiter gezahlt und zusätzlich eine Saisonarbeitnehmerhilfe als pauschale Aufwandsentschädigung gewährt. Lehnt der Bezieher von Arbeitslosenhilfe eine ihm zugewiesene Saisonarbeit ohne wichtigen Grund ab, so wird die Arbeitslosenhilfe zeitweise gesperrt. Beziehern

---

Infos zu den Sozialkürzungen von

FRAUEN GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT E.V.

TELEFON 0221-318577
SEVERINSTRASSE 92-96, 50678 KÖLN

Beratung: jeden Donnerstag von 11-15 Uhr und nach Vereinbarung
Frühstück und Beratung: jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat

Bei den Armen schöpfen
und die Reichen dürfen schöpfen -

so sieht das sogenannte Sparprogramm von Bundesregierung und Kölner Stadtrat aus.

Steuerflucht, Dienstwagen mit Chauffeur, Arbeitsessen, absetzbare Werbegeschenke und Spenden, im Klartext: Schmiergelder... der Reichen werden nicht angetastet.

Aber bei den Ärmsten gehts an die Existenzgrundlage:

- Ab 1994 wird das Arbeitslosengeld jedes Vierteljahr um 1 % gekürzt, bis es auf 59 %, bei Frauen mit Kind auf 64 % des früheren Nettoeinkommens gesunken ist.
- Die Arbeitslosenhilfe wird um 3 % gekürzt. Bisher unbefristet, wird sie jetzt auf 2 Jahre begrenzt. Wer einfach keine Arbeit findet, muß danach aufs Sozialamt.
- Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) werden 1,3 Mrd DM gestrichen.
- Das Unterhaltsgeld, vorher 75 % des Nettoeinkommens, wird runtergekürzt auf den Arbeitslosengeldsatz. Und: es gibt keinen Anspruch mehr auf Unterhaltsgeld.
- Fortbildungsmaßnahmen werden generell auf 1 Jahr begrenzt und müssen zu einem Abschluß führen.
- Umschulungen dürfen nur noch halb so lange dauern wie die eigentliche Berufsausbildung (also bei einer Lehrzeit von 3 Jahren nur noch 1 1/2 Jahre).
- Es werden nur 7o % der Lehrgangskosten vom Arbeitsamt bezahlt, die fehlenden 3o % muß frau selbst aufbringen.

Der Kölner Stadtrat mischt auf der gleichen Linie mit und steht an vorderster Stelle bei den Sozialkürzungen im Vergleich zu anderen Städten.
Bei der SOZIALHILFE wird jetzt schon gekürzt, zum Beispiel:
- die Heizkostenpauschale um 45,-DM auf 48o,-DM im Jahr;
- das Kleidergeld um 1o,-DM pro Monat;

und ganz gestrichen wird:
- die Weihnachtspauschale,
- die Hausratspauschale,
- die Schulzeugpauschale,
- die Windelpauschale.

Alle anderen Pauschalen werden gesenkt.

Kurz, wer nichts hat, der wird auch noch das Nötigste genommen und dafür soll frau auch noch verstärkt zur Zwangsarbeit für 1,- bis 3,-DM die Stunde verpflichtet werden.

Doch das ist längst noch nicht alles.
Auch die, die - noch - arbeiten, sollen erkämpfte Ansprüche verlieren, z.B.
- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- Weihnachts- und Urlaubsgeld,
- Kurzarbeit- und Schlechtwettergeld...

Das ganze Tariflohnsystem soll ausgehebelt werden und ein zweiter, billiger Arbeitsmarkt entstehen. Der Anfang dazu sind die 8o% - ABM-Stellen, Saisonarbeit, die Ausweitung von Arbeit ohne Sozialversicherung und alle die, die durch die Sozialkürzungen in die "Schwarzarbeit" getrieben werden, um überleben zu können.

Im Gegenzug zu den Kürzungen unten, wurde gleichzeitig in Bonn der Spitzensteuersatz mit Hilfe der SPD gesenkt, und auf eine Ergänzungsabgabe für Besserverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbstständige bewußt verzichtet.



Am 17.2. haben wir in der Bäkestraße 8 in Berlin-Lichterfelde ein Zentrum neonazistischer Gruppen mit Quecksilber angegriffen. (Quecksilber führt bei kurzem Einatmen kaum zu Vergiftungserscheinungen. Jedoch kommt es bei längerem Einatmen zu starken Vergiftungen, so daß der Raum für Jahre unbrauchbar ist.)

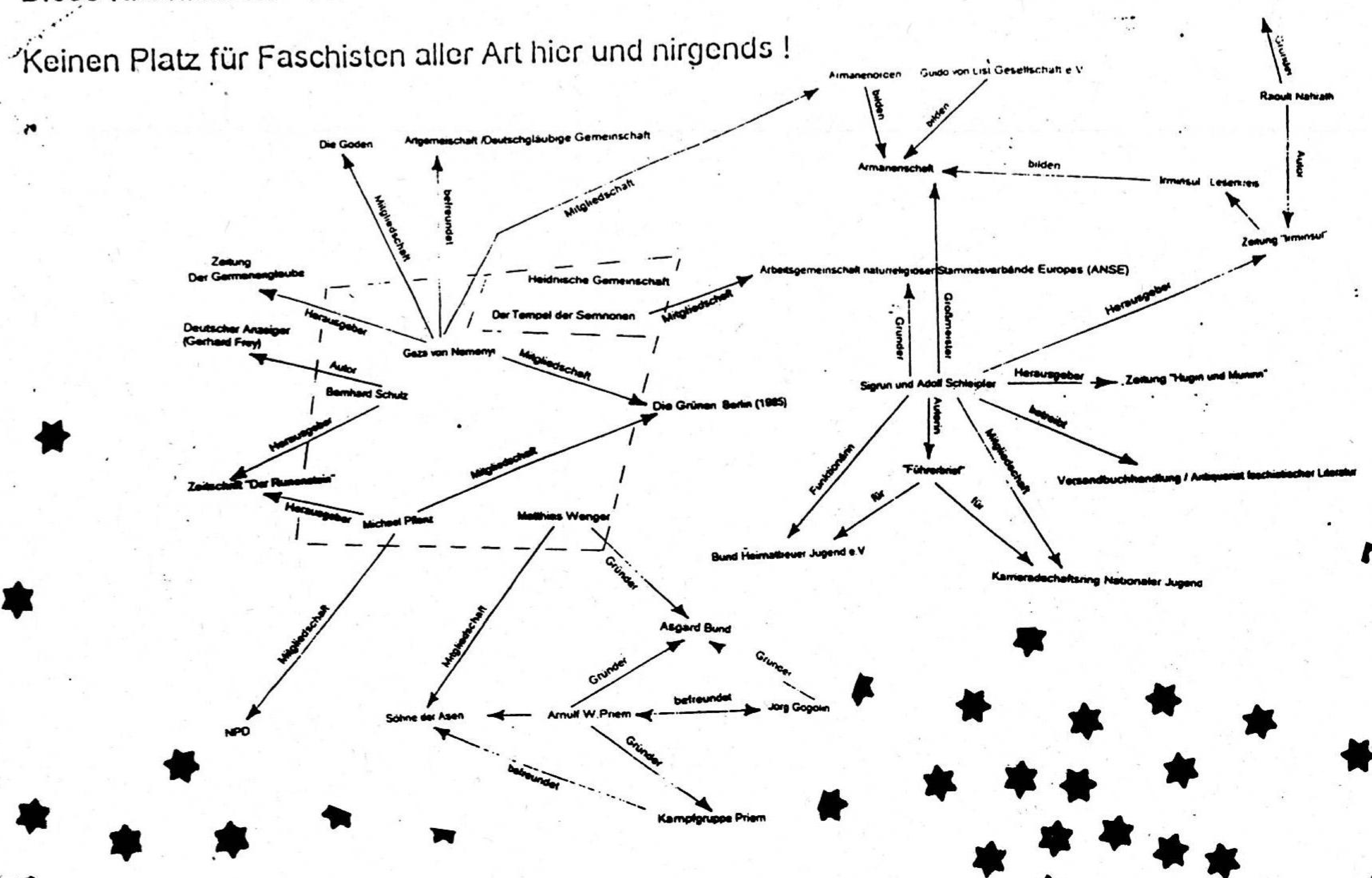
Der "Tempel der Semnonen" ist Treffpunkt für bundesweite Treffen neugermanisch/neuheidnischer Sekten und ihrer Verbindungsleute zur militanten Neonaziszene. Der "Tempel" ist Sitz der "Heidnischen Gemeinschaft". Die Hauptpersonen der "Heidnischen Gemeinschaft" sind Bernhard Schulz, Geza von Nemenyi, Michael Pflanz und Matthias Wenger. Sie haben enge Kontakte zur Neonaziszene in Berlin. Die Berliner "Heidnische Gemeinschaft" ist organisiert in der "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stämmesverbände Europas"(ANSE) mit Sitz in Ammerland. Die ANSE wird geleitet von Adolf Schleipfer und Sigrun Schleipfer (Tochter des neugermanischen Schriftstellers H.W. Hammerbacher, sie nennt sich auch Freifrau von Schlichtling), Kloiberweg 4, 82541Ammerland. S. und A. Schleipfer sind "Großmeister" in der "Armanenschaft". Die "Armanenschaft" ist Anlaufstelle für nationale und internationale Neonazis, wie Thies Christophersen, W.A. Priem oder dem deutschen Ku Klux Klan. Ebenfalls Mitglied in der "Armanenschaft" ist Bernhard Schulz, der im "Haus Bäkethal" wohnt. Mitglieder der Berliner "Heidnischen Gemeinschaft" haben die Berliner Grünen (M. Pflanz, G.v.Nemenyi, Danckelmann 19, 14059 Berlin) gezielt unterwandert, und waren bei Neonazi Organisationen wie der NPD (Pflanz) oder dem Asgardbund (M. Wenger).

Doch nicht nur die persönlichen Verbindungen in die organisierte und gewalttätige Neonaziszene sind ein Beweis für ihr mörderisch-rassistisch/antisemitisches Weltbild. Ihre "Religion", die sie als "vererbt" und "artgemäß" bezeichnen, ist für sie die "rassengerechte aller reinrassigen" (Indo-)Germanen, deren Schöpfer die germanischen Götter sein sollen. Aus ihrer Blut- und Bodenverherrlichung entsteht ein eigenes Ökobewußtsein zum "heimischen Boden", das sie bis in Kreise von BUND und Grünen interessant macht, an dessen Ende aber der "Naturfrevel" der "Zerstörung der reinen Rasse" durch "Durchmischung" und "Degenerierung" steht. Zusammen mit anderen Gruppen fühlen sie sich als "arische Streitergemeinschaft gegen Untermenschentum und Minderrassigkeit". Sie äußern sich z.B. so, daß sie das Recht auf Asyl (ehemals Artikel 16) darin sehen, daß es "ursprünglich geschaffen (wurde), um den Deutschstämmigen in den besetzten Gebieten und im Ausland Zuflucht in der Bundesrepublik zu sichern".

Ihre Riten wie die "Sommersonnwendfeier" wurden in den 30er Jahren von den Nazis zum "Tag der Jugend" gemacht und die "Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe" unter ihrem Chef Heinrich Himmler suchte nach dem "arischen Geist" als Keim zukünftigen "Übermenschentums". Für viele neugermanisch/neuheidnischen Gruppen ist diese Vergangenheit jedoch nur soweit ein Problem, als daß die Nazis die "Religion" nicht ganz kapiert hätten. Mit satanischen Riten und sexualmagischen Praktiken hätten die Nazis zwar die "höheren Geisteskräfte" angezapft, jedoch wäre Satan persönlich über sie gekommen. Damit wird der Nationalsozialismus zu einer verunglückten Religion. Hitler, Himmler, Goebbels usw. zu O P F E R N falsch benutzter Magie. Doch eigentlich geht es nicht einfach nur um die Weltherrschaft, sondern um die Verwandlung zum "Gott-Menschentum". Die kann natürlich nicht gelingen, "wenn man schon weiß, wie sehr die Blonden vom Aussterben bedroht sind." Deshalb empfehlen diese Gruppen "den Blonden" ein "Naturschutzgebiet" zu geben, und sie nicht "in ihrer Heimat" durch "Ansiedlung von Farbigen" weiterzuverfolgen. (aus: "Huginn und Muninn")

Diese faschistische Scheiße werden sie in ihrem "Tempel" nicht so bald wieder predigen.

Keinen Platz für Faschisten aller Art hier und nirgends !



Heute haben wir den PKW von Alois Gabrysch, Daimler Benz, TÜ-TE 1, angezündet und damit einen praktischen Beitrag in der Diskussion um den SS-Mörder und Schlächter von Maribor geliefert !
Wir wollen der interessierten Öffentlichkeit erklären, warum wir es nötig fanden, auf diese Weise gegen Gabrysch vorzugehen.
Klar ist, daß dieser Anschlag keine Strafaktion gegen einen Nazihenker sein kann. Gabrysch als SS-Mann Nr. 327 287, als Schlächter von Maribor, hat so viele Menschenleben auf dem Gewissen - ihn dafür zur Rechenschaft ziehen zu wollen, hätte anderer Aktionsformen bedurft, die wir uns in diesem Zusammenhang nicht vorstellen konnten.
Wir haben diese Aktion auch nicht gemacht, weil uns dieser Mensch, der inzwischen 83 Jahre alt ist, konkret bedroht hat und wir uns vor ihm schützen müssen, wie vor einer aktiven Neonazi-Gruppe.
Und doch gab es für uns genug Gründe, es nicht bei der Devise "Laß doch den alten Mann in Ruhe" bewenden zu lassen.
Alois Gabrysch ist für uns eine Symbolfigur dafür, wie in diesem Staat Funktions und "Würden"träger der Nazidiktatur politisch, gesellschaftlich und administrativ wiedereingegliedert wurden und wie sie auch heute noch in diversen gesellschaftlichen Kreisen hoch angesehen sind, während sich die Gegner und Gegnerinnen des Faschismus hier heute um ihre kleine Rente streiten müssen.

Bei den bisherigen öffentlichen Auseinandersetzungen um den "Fall Gabrysch" wurde nach unserer Meinung etwas wichtiges völlig übersehen - nämlich die Frage, gegen wen sich die mörderische Betätigung Gabryschs im faschistisch besetzten Slowenien richtete. Ziel der tätigkeit Gabryschs war die Ausschaltung und Vernichtung des antifaschistischen Widerstandes gegen das Besatzungsregime.
Zu diesem Widerstand wollen wir einige Informationen veröffentlichen:
Im April 1941 besetzten die Armeen Deutschlands, Italiens, Bulgariens und Ungarns das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Das Territorium wurde in 4 Beatzungszonen aufgeteilt. Schon wenige Tage nach der Besetzung bildete die kommunistische Partei Jugoslawiens "militärische Komitees, aus denen später die "Nationale Befreiungsarmee" entstand.
Die deutschen Besatzer begannen im deutsch-österreichischen Kärnten mit ihrer sogenannten Germanisierung, d.h. Vertreibung der dort lebenden mehreren tausend Slowenen nach Slowenien. Am 4. Juli 1941 rief die KP Jugoslawiens zum bewaffneten Widerstand gegen die Invasoren auf. Kurz darauf brach im ganzen Land der Volksaufstand gegen die Faschisten aus. Innerhalb kurzer Zeit wurden mehr als 40 Städte und mehrer hundert Dörfer in Serbien, Kroatien, Bosnien, der Herzegowina und Sloweniens zu befreiten Gebieten erklärt.
Dieser Volksaufstand zwang die Deutschen, wesentlich mehr Besatzungstruppen zurückzulassen und militärische Verbände der mit ihnen sympathisiernden jugoslawischen Faschisten zu organisieren, als geplant. Die "Ustascha" in Kroatien, die"Cetniki" in Serbien und die "Antikommunistische Miliz" in Slowenien.(Hier fällt auf, daß es gerade paramilitärische Verbände in Tradition dieser faschistischen Organisationen sind, die den Krieg im ehemaligen Jugoslawien ausgelöst haben und ständig verschärfen).
In den befreiten Gebieten wurde die "Nationale Befreiungsarmee" aufgebaut und stabilisiert. Sie bestand vor allem aus Partisaneneinheiten, die wegen der krassen Überlegenheit der Faschisten an schweren Waffen vor allem den Guerillakrieg als Kampfmittel nutzten.
Frauen wurden in der "Antifschistischen Frauenfront" organisiert. Viele schlossen sich jedoch direkt den bewaffneten Partisaneneinheiten an.Zuletzt lag der Anteil von Frauen in diesen Einheiten bei über 100 000 Aktivistinnen.
Neben den Partisaneneinheiten wurden schon Ende 1941 "reguläre" Kampfbrigaden aufgebaut. Diese wurden von den faschistischen Besatzern jedoch nie als reguläre Truppen völkerrechtlich anerkannt.
Das "Oberkommando der Wehrmacht" hatte aus propagandistischen Überlegungen die Sprachregelung "Banden" angeordnet und andere Bezeichnungen und Einstufungen ausdrücklich verboten. Eine Folge davon war bis zuletzt die Verweigerung von Gefangenenaustausch und die Ablehnung der Schutzgarantien nach der Genver Konvention.
Hitler gab den Befehl aus, "durch brutales Einschreiten und schärfste Repressalien" den Widerstand zu brechen.
Der Befreiungskampf der jugoslawischen PartisanInnen griff jedoch bald auch auf die slowenischen Gebiete Kärntens über. Kärntner SlowenInnen, die vor politischer Verfolgung im "angeschlossenen" Österreich nach Jugoslawien geflüchtet waren, kehrten nach der faschistischen Bewsetzung Jugoslawiens nach Österreich zurück und gründeten dort eigene Partisaneneinheiten, die mit dem slowenischen Widerstand eng zusammenarbeiteten.
Deren Aktionen und Propaganda gegen die Politik der Faschisten stieß auf offene Ohren. An die 90 % der slowenischen Bevölkerung Kärntens sympathisierten mit den PartisanInnen, unterstützten sie und versteckten sie in ihren Häusern.
Parallell zu den kämpfenden Partisaneneinheiten wurden in den befreiten Gebieten "Komitees der Befreiungsfront" aufgebaut. Diese Organisationen arbeiteten auf politischer Ebene. Sie führten z.B. Alphabetisierungskampagnen durch, organisierten die Verteilung von

Lebensmitteln und die Gesundheitsversorgung und bauten die zerstörte InfraSTRUKTUR WIEDER AUF:

Um den großen Rückhalt der PartisanInnen in der jugoslawischen Bevölkerung einzudämmen gingen die faschistischen Besatzer zunehmend dazu über, nach jeder Partisanenaktion gegen die Deutschen, GEiseln aus der Bevölkerung zu erschießen. Am 16.9.41 gab das Oberkommando der Wehrmacht den Befehl, für jeden getöten Deutschen fünfzigbis hundert Geiseln zu erschießen. Daneben wurden ganze Dörfer in der Nähe von Partisanenaktivitäten niedergebrannt und deren BewohnerInnen ermordet. Allein in der serbischen Stadt Kragnjevac wurden aufgrund dieses Befehles im Oktober 1941 über 3000 Menschen bestialisch ermordet.

Innerhalb dieses Unterdrückungs und Tötungsapparates der Faschisten spielte Gabrysch innerhalb der slowenischen Besatzungszone eine zentrale Rolle, für die der Begriff "Schlächter von Maribor" fast an Untertreibung grenzt.

Die brutale Repression gegenüber der Bevölkerung spielte eine wichtige Rolle für das Anwachsen des antifaschistischen Widerstandes. Unterdrückung erzeugte Widerstand. Widerstand führte zur Repression und durch Repressalien verbreiterte sich wieder der Widerstand. Im Jahre 1944 hatte die jugoslawische Volksbefreiungsarmee über 500 000 Angehörige. Wegen der breiten Unterstützung des Befreiungskampfes durch einen Großteil der Bevölkerung gelang es der Volksbefreiungsarmee auch ohne alliierte Unterstützung Jugoslawien von den faschistischen Besatzern zu befreien.

Alois Gabrysch war kein kleines Rädchen im Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus, geschweige denn nur ein Mitläufer, wie es ihm durch einen "Persilschein" als Resultat der sogenannten "Entnazifizierung" bescheinigt wurde. Er war von seinem Tun überzeugt, hatte sich bis zum SS-Hauptsturmführer des Sicherheitsdienstes hochgedient und als stellvertretender Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Maribor/Slowenien die Bekämpfung des slowenischen Befreiungskampfes maßgeblich zu verantworten.

Bei den Versuchen, den antifschistischen Befreiungskampf in Slowenien zu brechen, spielte Gabrysch eine maßgebliche Rolle. Und dies war kein Zufall, denn hierfür wurde ein 150%iger Nazi gebraucht!

Gabrysch trat bereits am 1.5.33 in die SA ein, am 1.5.37 in die NSDAP und am 15.12.37 in die allgemeine SS.

Nach einem abgebrochenen Studium der REchts und Staatswissenschaften war er bis 1938 Kriminalkommissar-Anwärter bei der Reichskriminalpolizei in "Breslau" (Wroclaw). Als Absolvent eines Lehrgangs an der Führerschule der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Berlin (1.10.38 - 30.6.39) avancierte er zum Führer im Sicherheitsdienst. Bis Juli 42 war er bei der Kripo-Leitstelle in "Breslau", zuletzt als Kriminalkommissar. Von da an bis Januar 1944 lehrte er selbst alle "nationalsozialistischen Rechtsfächer" an der SS-Führerschule der SiPo und des SD in Berlin Charlottenburg. An der SS-Führerschule wurden die Leute ausgebildet, die entscheidende Führungspositionen im SS-Staat einnehmen und den NS-Terror durchsetzen sollten.

Der Sicherheitsdienst galt laut des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß als das Gehirn von Partei und Staat.

Als SD-Führer hatte Gabrysch also keine "normale" Polizistenkarriere hinter sich.

Im September 1939 wurden SD, Gestapo und Reichskriminalpolizei in der neuen Befehlszentrale, dem Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Selbst die Ordnungspolizei wurde mehr und mehr der SS angeglichen, bis die höheren Polizei und SS-Führer in Personalunion alle Befehlsbereiche Deutschlands beherrschten.

In einer Stellungnahme beteuerte Gabrysch, daß er durch den Angleichungserlaß "unfreiwillig" den Rang eines SS-Hauptsturmführers bekommen hätte. Nur seltsam, daß er bereits schon lange zuvor freiwillig der allgemeinen SS beitrat...

Seit 1.2.1944 war Gabrysch vom Reichssicherheitshauptamt Berlin nach Maribor in die "Dienststelle des Kommandeurs der SiPO und des SD" abgeordnet. In dem vom deutschen Reich besetzten Slowenien, das als "Untersteiermark" annektiert worden war, wurde Gabrysch für die Bildung eines Sondergerichtes für die "Untersteiermark" in Maribor zuständig.

Noch weitaus größere Bedeutung als in Deutschland hatten die Sondergerichte in den besetzten Gebieten. Hier dienten sie nicht nur der Bekämpfung des "Inneren Feindes" und des "pflichtvergessenen Volksgenossen", sondern darüberhinaus der Ausschaltung des nationalen Widerstandes und der Stabilisierung der deutschen Herrschaft.

Die Abteilung IV dieser Dienststelle in Maribor hatte u.a. die Referate "Bandenerkennung" (nachrichtendienstliche Erfasung der Partisanenverbände) und "Bandenbekämpfung". Gemeint war die Zerschlagung des slowenischen Befreiungskampfes, vor allem der "Osvobodilna Fronte" der slowenischen Befreiungsbewegung. Als Vergeltungsmaßnahme wurden für jeden getöteten Angehörigen des NS-Apparates bis zu hundert Geiseln hingerichtet. Oft wurde die gesamte Familie von vermeintlichen oder tatsächlichen PartisanInnen erhängt, erschossen oder mit dem Fallbeil hingerichtet. Frauen wurden meist in KZs verschleppt, was einem Todesurteil gleichkam. Kinder wurden ins Reichsgebiet deportiert, um sie nach Feststellung ihres rassischen Wertesentweder in deutschen Familien umzuerziehen oder in KZs zu Tode zu schinden. Tausende SlowenInnen wurden zu Zwangsarbeitseinsätzen ausgesiedelt

oder umgebracht. In Slowenien wurden während der deutschen Besatzung allein nach deutschen offiziellen, namentlich geführten Bekanntmachungen, mindestens 1575 Menschen hingerichtet. Eine unbekannte Zahl von Menschen wurde auf "inoffiziellem" Wege liquidiert, viele Tausend sind in KZs oder bei "Aussiedlungsaktionen" verschwunden und wurden umgebracht.
Ein nicht unerheblicher Teil davon geht auf Alois Gabrysch !
Gabrysch fungierte als Ankläger am für die "Untersteiermark" zuständigen Sondergericht in Maribor.Er beantragte und überprüfte die Todesstrafen und leitete auch die Exekutionen. Aufgrund der Aussage eines Untergebenen von Gabrysch ist zumindest ein Fall bekannt geworden, bei dem Gabrysch selbst einen Verurteilten liquidiert hat.
Gabrysch war außer am Sondergericht an mehreren verschiedenen Gerichten Ankläger , so auch am SS und Polizeigericht in Bled / Veldes.
An diesem Gericht wurden Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der SS und der Polizeiverbände geführt, die nicht hart genug durchgriffen. Gabrysch fungierte als eine Art Oberaufseher und Sonderbeauftragter für alle Angelegenheiten der Sicherheitsdienststelle für die Untersteiermark in Maribor und übte Kontrolle über die einzelnen Abteilungen aus.
Gegen Kriegsende rückte Gabrysch zum Stellvertreter des Kommandeurs auf. Sein Einfluß wurde immer größer, so daß er schließlich dem offiziellen Leiter der Gestapo, dem SS-Hauptsturmführer Alfred Laudorf übergeordnet wurde, da Laudorf als nicht energisch genug galt.
Am 7.2.45 wurde ein Sonderkommando, bestehend aus verschiedenen Referaten der Sicherheitsdienststelle gebildet und Gabrysch als Einsatzleiter ernannt. Dieses Sonderkommando wurde eingerichtet, da die gut organisierten Partisanenverbände verstärkt in Aktion traten und sich die militärische Lage der Besatzer verschlechterte.
Zudem lösten sich in der "Untersteiermark" diverse Einheiten auf (z.B. die Teile der 14. ukrainischen SS-Division) und desertierten.
Diese Deserteure sollten zur Strecke gebracht werden. Eine große Zahl von Kriegsgefangenen, flüchtigen Arbeitshäftlingen, rückkehrenden AussiedlerInnen und viele mehr stellten eine Gefahr für die Ordnung der Besatzer dar. Das Sonderkommando, demGabrysch vortsand, hatte die Aufgabe, die Exekutionen durchzuführen und bei einem Vordringen der PartisanInnen die 500 Gefangenen Der Strafanstalt Maribor zu erschießen. Nötigenfalls sollte das Gefängnis mit den Insasse gesprengt werden. Außerdem sollten die BewohnerInnen, aus deren Häusern weiße Fahnen wehten, erschossen werden.
Noch bis kurz vor der Kapitulation verhängte Gabrysch Todesurteile und ordente die ERschießung von Geiseln an.

Um einer Verurteilung als Kriegsvebrecher zu entgehen, beschaffte Gabrysch für sich und andere Funktionsträger der SiPo Wehrmachtspapiere und Ausweise als Deckpapiere.

Der neue Staat BRD hat fast den gesamten Justizapparat von derNazidiktatur übernommen, die Todesrichter von einst predigten bald darauf die humanitären Ziele der Demokratie: Wir kennen sie alle, Filbinger und Konsorten, noch in den 60er Jahren sollen an die 2000 Nazi-Richter BRD-Recht gesprochen haben.
Auch Gabrysch hat seine Nazikarriere in der BRD fast bruchlos fortgesetzt. Obwohl er unter A 16/1066 auf der Kriegsverbrecherliste derAlliierten stand, gelang ihm über das LKA Baden-Württemberg, dem Kriminalamt Heidelberg bis hin zum Kripo-Chef von Tübingen doch eine ansehnliche Polizeikarriere.
Nun soll aber keine und keiner glauben, es hätte niemand von der grauenhaften Vergangenheit des braven Beamten gewußt: Nachdem bereit ein erstes sogenanntes "Entnazifizierungsverfahren" bei Gabrysch im Januar 1947 ohne großes Aufsehen abgeschlossen und Gabrysch damit eine weiße Weste verschafft wurde, tauchte sein Name wiederholt auf NS-Verbrecherlisten auf (s. "Wir klagen an -800 Nazi-Blutrichter -Stützen des Adenauersystems"Feb. 1959 oder "Braunbuch" 1968)
Die breite Öffentlichkeit wurde auf Gabrysch aufmerksam, als der Tübinger Oberbürgermeister Schmid Gabrysch am 30.1.86 das Bundesverdienstkreuz "am Bande" verlieh. Das Schwäbische Tagblatt veröffentlichte damals die braunen Flecken des Jubilanden und initiierte damit eine eine breite LeserInnenbriefdiskussion über den Schlächter von Maribor. Im Oktober 1988 leitete die Staatsanwaltschaft Nürnberg ein Strafverfahren gegen Gabrysch wegen seiner NS-Vergangenheit ein. Ein weiteres strafrechtliches Verfahren der Staatsanwalschaft Stuttgart folgte. Beide Verfahren wurden bezeichnenderweise "mangels Beweisen" wieder eingestellt.
In den vonGbrysch angestrengten Rechtfertigungsversuchen zeigte sich immer deutlicher, mit welcher Verlogenheit er sich zu rehabilitieren versuchte und sich doch immer mehr in seine Widersprüche verwickelte Er schwor am 9.12.65 vor Gericht, nie Mitglied der SS gewesen zu sein, er beteuerte in einer öffentlichen Gegendarstellung im Schwäbsichen Tagblatt vom 7.9.93, zu keinem Zeitpunkt Ankläger bei dem Sondergericht in Maribor gewesen zu sein. Alles Lüge! Gabryschs SS-Mitgliedsnummer lautete **327 287**, seine NSDAP-Mitgliedsnummer war 465̣8187, am 1.5.33 war er bereits der SA beigetreten- Eine Nazikarriere, wie sie im Buche steht!
Diese Nazikarriere hat Gabrysch nie geschadet. Er machte Polizei-

karriere obwohl und weil er mit dem nationalsozialistischen Apparat sich so gut auskannte.
Auch gesellschaftlich war Gabrysch bei vielen Institutionen und Gru[p]pen ein gern gesehenes Mitglied und ist es bis heute geblieben: Er arbeitete ehrenamtlich in der Konrad-Adenauer Stiftung, in der "Landeszentrale für politische Bildung", in der Aktion Jugendschutz, war Mitglied im "Weißen Ring" des sauberen Herrn Zimmermann und war Beisitzer bei Verhandlungen von Kriegsdienstverweigerern.
Auch in Tübingen lebt Gabrysch als ehrenwertes Mitglied der Bürgerschaft: Er ist als Vorsitzender in einem Tübinger Altenclub tätig, er sollte wiederholt im Rahmen einer Veranstaltung des Tübinger Lan[d]ratsamtes "Schüler fragen Ältere" den Jugendlichen seine Eindrücke vom Nationalsozialismus verdeutlichen, u.a. zu dem Thema:"Hatten Sie Angst vor dem Blockwart ?" 1986 hängte ihm Eugen Schmid in alle[r] Öffentlichkeit im Tübinger Rathaus das Bundesverdienstkreuz um den Hals, ja erst vor wenigen Wochen noch durfte er stellvertretend für Tübingen der Besatzung eines Kriegsschiffes Weihnachstgrüße und Lebkuchen verteilen.
Nach all diesen Fakten wird klar, Gabrysch ist trotz seiner verbrec[h]erischen Vergangenheit gesellschaftlich nicht geächtet worden. Und das war kein Zufall. Es war kein Zufall, daß gerade ein Mann wie er Kripochef von Südwürttemberg wurde. Es war kein Zufall, daß erVo[r]sitzender des Altenclubs und des Bezirkskuratoriums war. Aus diesem Gremium trat er zwar offiziell im April 1986 zurück, als im Rahmen der Bundesverdienstkreuzverleihung seine Vergangenheit hochkochte, doch hat sich jetzt gezeigt, daß er in der Altenarbeit immer noch Einfluß hat. Auch Gabryschs Nominierung zum Schülerwettbewerb im Jahre 1993 war kein versehentlicher Ausrutscher: Bereits 1986 hatte das Landratsamt Tübingen Gabrysch die Gelegenheit gegeben, SchülerInnen seine Sicht des Nationalsozialismus darzustellen.
Die ganze Geschichte Gabrysch macht deutlich: Die verantwortlichen Instanzen in Justiz, Gesellschaft und Politik haben kein authentisch[es] Interesse, den Schlächter von Maribor zur Verantwortung zu ziehen.
Es bleibt engagierten und politisch motivierten Menschen überlassen, Beweismittel um Beweismittel über den Mörder vorzulegen - und doch reicht das gerade einmal für ein paar vorgeschobene Ermittlungen,für ein paar vorgeschobene Rücktritte Gabryschs.
Mit wieviel mehr Haß und mit wieviel mehr Engagement geht die Justiz hier gegen frühere Antifaschisten vor. Wir erinnern an Gerhard Bögelein, dem vorgeworfen wurde, in russischer Kriegsgefangenschaft für den Tod eines Wehrmachtsoffizers verantwortlich gewesen zu sein. Sobald sich die Mauer öffnete und die westdeutsche Justiz sich dieses Menschen bemächtigen konnte, steckte man den über achzigjährigen, schwerkranken Mann in Untersuchungshaft. Kein Hinweis auf seinen schlechten Gesundheitszustand ließ die Justiz erweichen und Gerhard Bögelein mußte solange in Haft bleiben, bis er todkrank war. Erst im Angesicht seines bevorstehenden Todes wurde Gerhard Böglein aus der Haft entlassen, um größeres Aufsehen zu vermeiden. Er verstarb kurz nach seiner Freilassung.
Wir sind überzeugt: Alois Gabrysch wird keinen Tag seines Lebens in BRD-Haft verbringen müssen !
Die Vorgänge um Gabrysch haben gezeigt, daß es keine authentische Motivation für die Justiz gibt, um gegen Gabrysch vorzugehen.
Wir haben beeindruckt zur Kenntnis genommen, mit wieviel Arbeit und Zeit einzelne politisch bewußte Menschen versuchten, Gabryschs Vergangenheit aufzudecken. Das ist gelungen! Gabrysch kann die Vorwürfe ernsthaft nicht mehr widerlegen. Doch zu weiteren juristischen und politischen Konsequenzen gegenüber Gabrysch wird diese Arbeit nicht führen !
Für uns kann das deshalb nicht das Ende unserer Aktivitäten gegen Gabrysch sein. Wir wollen diesem Massenmörder materiell vor Augen führen, was wir von ihm halten.Er soll nicht denken, daß es mit einer verlogenen Gegendarstellung in der Zeitung getan ist und er sich wieder geruhsam seinem ehrenwerten Tübinger Pensionärsleben widmen kann.
Nachdem er reuelos zu seiner Vergangenheit steht, soll er wissen, daß auch wir kompromißlos zu unserer Haltung stehen: Wir wollen den Schlächter von Maribor nicht in dieser Stadt, wir wollen ihn nicht in der Altenarbeit, nicht in den Schulen, wir möchten ihn nirgendwo sehen.
Alois Gabrysch soll wissen, daß es Menschen gibt, die seine verbrec[h]erischen Machenschaften nicht vergessen haben und die die politisch[e] Versöhnung mit ihm nicht akzeptiert haben.
Dem Schlächter von Maribor, der die Ermordung so vieler Menschen zu verantworten hat, werden wir hier keinen ruhigen Lebensabend gönnen! Wenn er sein (neues) Auto abstellt, wenn er aus seiner Wohnung geht, er soll wissen, daß wir da sind und daß wir ihm nichts vergeben !

Kein Vergeben, Kein Vergessen !

In Erinnerung an die PartisanInnen im antifaschistischen Befreiungskampf und im Gedenken an alle Opfer der Faschisten !

Bekämpft alte und neue Nazis !

Tübingen, Frühjahr 1994

Schaut nicht weg ! Greift Ein !

In der Nacht zum Dienstag, den 22. Februar 1994, haben wir beim Bundesamt für Wehrverwaltung im Bonner Talweg Scheiben eingeworfen und die Fassade mit Farbe versehen.

Am vergangenen Montag lief das Ultimatum der NATO an Serbien ab; der Weg ist frei für Luftangriffe. Die westlichen Industriestaaten, stets darauf bedacht, die Welt unter sich aufzuteilen, darauf bedacht, per Waffenlieferung an Militärdiktaturen oder durch Einsatz ihrer eigenen Truppen - wie jüngst in Somalia - weltweit imperialistische Interessen durchzusetzen, wollen auf dem Balkan Frieden herbeibomben.

Und Großdeutschland ist mit dabei - nun zum dritten Mal in diesem Jahrhundert. Die BRD, die durch ihre Anerkennungspolitik bewußt Öl in die Flammen des aufkommenden Krieges gegossen hat und deren BerichterstatterInnen und RepräsentantInnen die einen NationalistInnen gegen die anderen ausspielten, will nun glauben machen, sie wolle Frieden sichern.

Ein Staat, mit dessen Waffen in Kurdistan und an anderen Orten der Welt Menschen getötet werden; ein Staat, dessen Armee zukünftig weltweit eingesetzt wird, um die Ausbeutung der "Dritten Welt" auch militärisch zu sichern, soll um humanitäre Hilfe besorgt sein?

Die Hilfe ist so humanitär, daß nicht nur Bomben, sondern auch massenweise Flüchtlinge ins ehemalige Jugoslawien (zurück-)geschickt werden. Die Abschiebepolitik der BRD zeigt, wieviel einem "humanitären" Staat Menschenleben wert sind.

Dem Großmachtstreben der BRD und der Etablierung ihrer Kriegspolitik muß etwas entgegengesetzt werden. Wir verstehen unsere nächtliche Aktion als einen Beitrag zum antiimperialistischen und antimilitaristischen Widerstand.

Stoppt die BRD-Kriegspolitik!
Grenzen auf und Bleiberecht für alle!

Gruppe Jupp Messinger
(Bonner Kommunist; 1933 von den Nazis zu Tode gefoltert)








Kein Fußballländerspiel am 20.April

Keine Plattform für FaschistInnen !

Das Vorbereitungsplenum vom 22.2.94 (Stadtteilladen Potzblitz) bzgl. des 20. Aprils 94 ruft zu einem Berlinweitem Vorbereitungstreffen auf. Dieses Treffen soll möglichst viele Gruppen ansprechen und die verschiedenen Stadtteiltreffen der letzten Wochen ergänzen und zusammenführen. Vorbereitungstreffen gg. das Länderspiel am 20.April

Ort: KIRCHE VON UNTEN
KREMMENERSTRAßE 9-10
ZW. U-BHF BERNAUER UND EBERSWALDERSTRAßE.

ZEIT: 19.00

DATUM: 6.3.94

KOMMT MASSENHAFT

Bisher rufen zu dem Treffen folgende Gruppen auf:

A.F.F.I., Alternative Linke, Antirassistischer Kieztreff 61, Fußball-Cafe- Linksaußen, Fußballfanladen Anstoss, Türkiyemspor Fan Club Kreuzberg, FC.ST.PAULI Fan Club Berlin, PDS Berlin, Revolutionäre Kurdistan Kommitee

20. APRIL '94
KEIN LÄNDERSPIEL!
FALSCHE ZEIT+FALSCHER ORT

JAHRHUNDERTSCHLACHT ZUM FÜHRERGEBURTSTAG AM 20. APRIL '94 IN BERLIN?

Wir wollen versuchen, den geplanten Aufmarsch der Nazis zu verhindern.
Das Fußball-Länderspiel England gegen Deutschland darf nicht am 20. April stattfinden!

Demonstration am SA 12.März'94
11 H 30 ab ROTES RATHAUS

ABSEITSFALLE FÜR DIE ANTIFA

In der Interim Nr. 273 (Anfang Februar) ruft eine Antifa-
gruppe dazu auf, das Fußball-Länderspiel Deutschland-England
am 20. April im Olympia-Stadion zu verhindern.

Die Gruppe schreibt von dem Datum als "Führers Geburtstag",
und zwar ohne Gänsefüßchen! Daß sie schon (wenn auch sicher
unbeabsichtigt) Adolf Hitler den Titel"Führer" zugestehen,
zeigt, wie reflexartig sie an alle Bewegungen der Neo-Faschi-
sten und ihrer politischen Beschützer gebunden sind. Das ist
verhängnisvoll, weil es den Blick für die jeweilige politische
Situation verstellt, in der agiert wird. Das zeigt sich auch
in dem vollkommen absurden Vorhaben, ein Fußballspiel ver-
hindern zu wollen.

Betrachten wir das Szenario, wie es die Herrschenden für den
20. April vorbereiten undwelche Rolle sie der Antifa darin zu-
gewiesen haben. Das Spiel ist ausverkauft, die ganze Stadt wartet
- von den Medien scharf gemacht - auf wüste Prügeleien.
Rund ums Olympia-Stadion tausende von Büllen. Für wen wohl?
Wir wissen, daß viele Bullen nicht nur mit den Faschisten
sympatisieren, sondern selber welche sind. Unter den Bedingungen
sammelt sich die Antifa vor den Toren und versucht, das Spiel
zu verhindern?! Oder sie geht mit ins Stadion und versucht die
Faschos am auftreten zu hindern?! In jedem Fall würde sie einen
ungeheuren politischen Schaden anrichten, der ihr selber auf die
Füße fiele:

1. Sie übernähme die Rolle und die Arbeit der Bullen. Denn noch sind faschistische Organisationen, Parolen, Embleme usw. wenigstens formal verboten und es wäre Aufgabe der Exekutive, das Verbot durchzusetzen.
2. Sie würde ganz mörderisch die Hucke vollkriegen, denn sie hätte alle gegen sich: die Faschos, die Bullen, die Stadion-besucherInnen und nicht zuletzt die englischen Hoolegans, die sicher den nationalistischen Fans näherstehen als den antifaschistischen Fußballspiel-VerhindererInnen.
3. Sie würde dafür sorgen, daß genau die Bilder um die Welt gehen,
die Diepchen und Konsorten sehen wollen: die deutsche Ordnungs-
macht verteidigt das Spiel gegen Rechts- und Linksradikale!
Wir sehen in der Glotze ein paar Reichskriegsflaggen, danach
Prügeleien und dann das Spiel. Zig Antifas sitzen im Knast,
die Nationalisten feiern und Diepchen stellt sich hin und er-
klärt vor der Presse, daß die Demokratie sich wehrhaft gegen
Radikale von Links und Rechts gezeigt hat. Die Welt sieht:
das Problem des Neofaschismus in der BRD ist nur das von riva-
lisierenden extremen Gruppen!

Das Szenario ist in der oder ähnlicher Form nun schon so oft ab-
gelaufen. Soll es wirklich wieder so werden?! Es ist an der
Zeit, in Entscheidungen über antifaschistische Mobilisierungen
auch strategische Überlegungen zu berücksichtigen. Und strate-
gisch scheint es mir sinnvoller, eine Mobilisierung gegen das
Länderspiel völlig zu unterlassen. Die Faschisten sollen am
Geburtstag ihres Führers in ihrem Nazi-Stadion ihre National-
mannschaft anfeuern. Das paßt alles ganz gut zusammen.

Wie die Bullen sich ins Bild fügen, wird sich erweisen. Ent-
weder sie greifen von sich aus gegen die Faschos ein; was un-
wahrscheinlich ist, was aber in diesem Auslaufmodell eines
demokratischen Rechtsstaates ihr Job wäre. Oder sie greifen
nicht ein, dann wird bei dieser Gelegenheit, besser als bei
jedem anderen Fascho-Aufmarsch, im In- und Ausland deutlich
daß die deutsche Regierung nichts gegen Faschisten hat, und
Diepchen wird am nächsten Tag ein wenig in Erklärungsnot kom-
men. Dasmöchte ich doch zu gerne sehen!
Und als BeschützerInnen der englischen Fans wollen wir uns
doch wohl nicht aufspielen, oder?

Selbstverständlich ist es unser Recht, Faschisten am Auftreten
zu hindern. Und überall, wo es uns direkt oder indirekt be-
trifft, werden wir das auch tun, aber es ist nicht unsere
Pflicht. Wir müssen uns mal klarmachen, daß wir nicht das Ge-
wissen der Nation sind, die für alles ihre Birne hinzuhalten
haben, schon gar nicht dann, wenn andere dadurch aus der Ver-
antwortung entlassen werden.

Mein Vorschlag ist, am 20. April sich darauf zu beschränken,
die eigenen Strukturen zu schützen und den Faschisten und ande-
ren Nationalisten das Olympiastation zu überlassen, wenn es
keine anderen Kräfte in dieser Gesellschaft gibt, die sie daran
hindern.

L.K.

Zur Krise der Autonomie



Die in dem Vorbereitungskreis für einen autonomen Kongreß im Oktober entstandene Polarität zwischen einerseits
- Wir über uns oder "Bauchnabelschau"
oder andererseits
- Auseinandersetzung mit der sozialen Realität oder "Verstehen wir noch die Welt"
soll jetzt folgend Thema des Papiers sein. Wobei ich mich für die Auseinandersetzung mit der sozialen Realität oder mit den veränderten und sich verändernden Bedingungen der Gesellschaft aussprechen möchte. Es gibt meines Erachtens nach wie vor keine Alternative der politischen Standortbestimmung als durch die Ableitung von den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und Kämpfen.



Die weitverbreitete Einsicht, daß wir (die autonomen Frauen und Männer) uns in der Krise befinden, wird oft festgestellt oder beklagt und selten erklärt. Das letztere sollte aber doch der politische Anspruch sein zumindest für einen politischen Kongreß. Die Mehrheitsposition im Vorbereitungskreis zum Kongreß vertritt die Position, daß uns der Zugang für die Erklärung "unserer Krise" über die Auseinandersetzung mit "unserem Generationskonflikt" und über "unsere Strukturen" gelingt. Dies halte ich für eine Illusion.



Gerade der Blick in die Entstehungsgeschichte der radikalen autonomen Bewegung gegen Ende der 70'er - Anfang der 80' Jahre zeigt die Abhängigkeit von übergreifenden sozialen Kämpfen. Wobei die Autonomen immer nur eine Fraktion dieser Auseinandersetzungen waren. Alleine waren wir kaum zu Größerem in der Lage. Den Anspruch eine eigene soziale Bewegung zu repräsentieren halte ich für falsch.
Ideengeschichtlich sind wir die Weiterentwicklung der "Neuen Linken" ab Ende der 60' Jahre und der "Massenarbeiterkämpfe" in verschiedenen Ländern Europas desselben Zeitraumes.



Wir waren nie eine reine politische Bewegung im engeren Sinne (z.B. die Grünen, DKP,...), sondern agierten vor einem spezifischen sozialen Hintergrund. Und dieser Hintergrund hat uns eine einmalige historische Möglichkeit gegeben. Nämlich das Zusammentreffen von einer relativ gut finanziell abgepolsterten Massenarbeitslosigkeit (ab 73) und die "vorwiegende Präsenz" linker Ideen bei einem Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
Die materielle Grundlagen der Nicht-Arbeit bei sozialer Absicherung oder Ausbildung plus finanzieller Unterstützung hielt uns quasi "den Rücken frei" für politische Projekte. Dies ist die materielle Basis des kämpferischen Subjekts aus dem die Autonomen bis weit in die 80' Jahre rein rekrutierten. Die Autonomen sind folglich vor einem historisch einmaligen und beispiellosen Hintergrund entstanden, der nicht das Produkt der Autonomen selbst war.



1994 sieht der soziale Hintergrund arg verändert aus. Die Möglichkeiten der Nicht-Arbeit bei finanziell ausreichender Absicherung sind eng geworden und werden erst noch enger.
Wir befinden uns in einer veränderten Weltlage. Die Nachkriegsordnung existiert nicht mehr und die imperialistische Neuordnung gestaltet sich gegenwärtig. Das Ergebnis kann für uns gar nicht interessant genug sein.



Unser metropolitanes Dasein wird ebenfalls, flott gesagt, schwierig. Der gegenwärtige soziale Angriff von oben ist in diesem Ausmaß für uns eine neue Erfahrung. Die Ausdifferenzierung der mitteleuropäischen Gesellschaften wird uns nicht unbeeindruckt lassen, in dem Sinne, daß wir davon betroffen sein werden. Der Vormarsch faschistischer Gruppen in Europa bereitet uns existenzielle Schwierigkeiten. Die "vorwiegende Präsenz" linker Ideen ist vorbei.
Ich denke, daß es ein fataler politischer Fehler wäre, dies nicht zu erörtern. Was sonst könnte uns den sozialen Hintergrund liefern, zu dem wir seit Beginn in Abhängigkeit stehen.
Im Prinzip sind wir überhaupt nicht autonom, sondern eine konjunkturelle Erscheinung des "Auf und Ab's" der übergreifenden sozialen Kämpfe. Nur die Einsicht in die Konjunktur der Kämpfe kann uns Aufschlüsse "über uns" geben.

Ein Beitrag aus der "Donnerstagsgruppe"

TAGUNGSHAUS WERNSDORF

Hallo Leute

Jetzt gibts es am Stadtrand von Berlin ein neues Projekt.
Seit Sommer 92 haben wir vom Grundstücksamt Köpenick das ehemalige Kinderferienlager der VoPo in Wernsdorf gepachtet und ziemlich viel geschuftet um aus den alten Baracken wieder nach 2 Jahren Leerstand wieder ein Kinderferien+ Tagungshaus zu machen. Bis auf zwei ABM-Stellen die noch nicht verlängert wurden, haben wir alles in Selbsthilfe, ohne staatliche Knete renoviert und ausgebaut.
Es soll dieses Jahr allen Selbsthilfeprojekten als autonomes Seminar+Tagungshaus, sowie allen selbstverwalteten Kinder+Schülerläden zur Verfügung stehen.

Prspektivisch wollen wir mit Lehrern, Schüler u. Jugendgruppen aus unserer Umgebung Seminare zu Rechtsradikalismus, Antifa-Arbeit, 3.Welt-Solidaritätsarbeit, Alternative Energiegewinnung u. Umweltschutz gemeinsam erarbeiten und Schulklassen u. Jugendgruppen anbieten.
Dazu suchen wir noch Unterstützer u.Unter stützerinnen die ein solches Projekt inhaltlich+praktisch vorbereiten u. durchführen.
Und sowieso suchen wir noch Leute die beim Aus+Aufbau des Projektes einsteigen, mitmachen, mithelfen !!!
Zu tun gibt es jede Menge.

Es soll ja schließlich auch ein Stück unserer "autonomen Infrastruktur" werden u.bleiben.
Also kommt vorbei, schauts euch an.
Die Lage ist gut, mitten im Wald außerhalb des Dorfes, -
Spree u. Badeseen ganz in der Nähe
Ein guter Ort am Rande von Berlin, für Seminare, Tagungen, Zeltlager, Kinderferien.

Kinderferien+Tagungshaus Wernsdorf
15537 Wernsdorf
Neuzittauerstr.10
03362/820146
oder im Weißbecker-Haus 2518539
(Thommy)

Kurzer Beitrag zur autonomen "Grundwerte"- Diskussion

Wie schon der erste Beitrag beschreibt, finden wir also wichtig, uns bewußt zu machen, in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang unsere Politik stattfindet; wie Ausbeutung und Unterdrückung organisiert wird, und wie sich Menschen dagegen wehren.
Doch im Mittelpunkt jeder (?) autonomen Politik, auch unserer eigenen, steht der Bezug auf die eigene Subjektivität, unsere Kultur und unsere Kämpfe. - Wir bestimmen unsere Politik selbst; sind eben autonom.
In diesem Zusammenhang schlug ein Beitrag in der Interim (Nr?) die Unterscheidung von "Pflichterfüllungspolitik" (die anspruchs-orientiert, 'objektive', 'wichtige'Themen in den Mittelpunkt stellt) und der "Befindlichkeitspolitik" vor, in der sich sanft chaotisch unsere Subjektivität und Moral umsetzen.
Im folgenden möchte ich mich in Abrenzung zu diesem Schema, in dem ich mich weder der einen noch der anderen Politikform zuordnen kann, mit dem Begriff der Subjektivität auseinandersetzen. Ich halte das oben genannte Schema als ganzes für unbrauchbar, weil es Dinge auf eine Weise von einander abtrennt, die uns verbleibende Handlungsspielräume verbaut.
Diese "Befindlichkeitspolitik" hebt die Stimmung, Meinung oder Befindlichkeit von jeweils einzelnen Individuen hervor. Sozusagen eine (Art) Subjektivität im Singular. Ich finde das falsch, weil ich denke, daß unser Unterfangen das von vielen Menschen gemeinsam ist. Neben manch Trennendem beruht es auf vielen gemeinsamen Alltagserfahrungen, Normen, Politikformen, einer gemeinsamen Geschichte und Kultur. - Unsere Subjektivität müssen wir im Plural denken, sonst ist diese nicht viel mehr als das Bockprinzip einzelner.

Meine Hauptkritik wäre aber, daß diese "Befindlichkeits-" oder "Bedürfnisspolitik" weniger unsere direkten alltäglichen Bedürfnisse im Auge hat, als eher das Motto, "was fange ich mit meiner Freizeit an".
Es tauchen darin nicht meine Nervereien in der Arbeit auf, nicht die verordnete Zwangsarbeit vom Sozi (die immer mehr Leute auch aus der Szene betrifft), nicht der sexistische Alltag von Frauen, und auch nicht die vielen kleinen Versuche dem was entgegenzusetzen oder damit klar zu kommen usw usf. Ich finde, ein Begriff von Subjektivität, der den größten Teil unsere alltäglichen Existenz ausschließt und uns ausschließlich auf Feierabendthemen reduziert, geht wieder ganz weit hinter bereits einmal Erkämpftes zurück. '68 wurde linksradikale Politik definiert, als Hinterfragen und Kampf um die eigenen Lebensbedingungen (Privates = Politisches). Wenn wir das heute wieder auftrennen, so sind wir wieder am alten Ausgangspunkt angelangt; wo politisches Engagement weit weg von der eigenen Realität stattfand; und wo über angebliche "Nebenwidersprüche" und ähnliche Abtrennungen ganze Bereiche unseres Alltags für bedeutungslos erklärt wurden.

Unsere Subjektivität war immer eine kollektive. Sie war in einer Bewegung eingebunden, die aktiv ihre eigene Existenz thematisiert hat. Als Ausdruck dieser Kämpfe ist eine Kultur entstanden, die uns in gewissem Maße eine gemeinsame Weltsicht gegeben hat und identitätsstiftend wirkte.

Über viele Dinge, die im Laufe der Jahre fragwürdig geworden sind, oder vielleicht schon immer waren, können wir uns um den Kongress herum herrlich streiten.
Ich persönlich halte eine "Beschäftigung mit uns selbst" für richtig und notwendig, denn es gibt nicht all zu viele Handlungsspielräume in der Gesellschaft, die wir haben. "Wir selbst" sind einer von diesen. Daher würde ich mir auch einen Austausch wünschen, der im Stande ist (neben Trennendem) auch Gemeinsames zu sehen, und der die Qualitäten von jeweils anderen Gruppen auch als solche schätzen kann.
Leider vermissen wir im bisherigen Vorbereitungsplenum noch viele Gruppen, vor allem Frauen-, Antirassistische- oder Antifagruppen, die uns für einen solchen Austausch wichtig sind.
Sie seien hiermit noch einmal herzlich eingeladen.

Stephane Courtois, Denis Peschanski, Adam Rayski

L'Affiche Rouge

Immigranten und Juden in der französischen Résistance

Der Anteil der ImmigrantInnen, vor allem auch der osteuropäisch-jüdischen, an der kommunistisch orientierten, bewaffneten Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus im besetzten Frankreich, ist bislang kaum ausreichend gewürdigt worden. Vielleich auch deshalb, weil sie es waren, die über die kommunistisch- oder auf nationale Befreiung hin orientierten Vorstellungen der Widerstandsbewegungen am ehesten hinauswiesen. Das Buch von St. Courtois, D. Peschanski und A. Rayski ist ein Anfang, diese historische Auslassung aufzuarbeiten, um zu zeigen, daß es sehr wohl Widerstandslinien gab, die der »Fortgeschrittenheit« des nazistischen Großraumprojekts auf europäischem Niveau entsprachen.

»Mit zunehmender Intensität machte eine Handvoll Widerständler/innen den Deutschen und ihren französischen Hilfstruppen zu schaffen. Sie jagten Rüstungs- und Zulieferbetriebe in die Luft, brachten Truppenzüge zum Entgleisen, erschossen deutsche Offiziere und französische Kollaborateure. Hinter diesen Anschlägen stand die militanteste und effektivste Formation der französischen Résistance: die F.T.P.-M.O.I. (Francs-Tireurs et Partisans Main-d'Oeuvre Immigrée) die bewaffneten Einheiten der in der kommunistischen Partei organisierten Arbeitsimmigranten. Die M.O.I. kämpfte von Paris bis Lyon, von Marseille bis Nizza gegen die deutsche Besatzung. Die Militanten der M.O.I. waren die ersten, die den bewaffneten Widerstand aufnahmen, und sie waren die letzten, deren Kampf im Nachkriegsfrankreich gewürdigt wurde.« (Ingrid Strobl)

Im November 1943 wurde die bewaffnete M.O.I. in Paris von französischen Antiterroreinheiten und der Gestapo zerschlagen. 108 AktivistInnen der Pariser Gruppe, darunter 58 jüdische KämpferInnen, wurden verhaftet.

Um die bewaffnete ImmigrantInnengruppe zu diffamieren, ließ die Gestapo in Millionenauflage das berühmte rote Plakat, l'Affiche Rouge, drucken, auf dem in großen Lettern über den Photos von zehn überwiegend jüdischen Partisanen die rhetorische Frage »Die Befreier?« und darunter die Antwort »Befreiung durch eine Armee von Terroristen« stand.

Im Herbst 93 ist also der 50. Jahrestag der Zerschlagung der M.O.I. von Paris; Anlaß an die Geschichte der bewaffneten Arbeitsimmigranten auch hier zu erinnern.

Zur Orientierung an sozialen Brennpunkten



Unserer Vorstellung nach sollte sich der Kongress mehr, nicht ausschließlich, entlang gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Problemfelder orientieren. Es geht uns dabei nicht um von unseren eigenen Lebensrealitäten völlig losgelöste Diskussionen oder Initiativen. Wir denken, daß bei genauerem Hinsehen einige Verbindungslinien möglich wären, die z.Z aufgrund unserer Begrenzung auf uns selbst so kaum wahrgenommen werden. Wir finden es nicht richtig uns ausschließlich an uns selbst und dem was uns Spaß macht zu orientieren und sämtliche Theorie beiseite zu lassen.



Die gesamt-gesellschaftliche Situation (nicht nur in der BRD) verschärft sich zusehends, was seinen Ausdruck nicht nur im Rechtsruck der Gesellschaft findet, sondern gleichfalls im Roll-Back gegen Frauen, im sozial-politischen Bereich oder in sicherheitspolitischen Diskussionen. Dies sind Veränderungen, die uns zum einen selbst betreffen und zum anderen auch eine Vielzahl von "Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen gesellschaftlichen Schichten" bieten. Es geht uns dabei nicht um ein Ausmachen "neuer" Politikfelder, sondern darum, herrauszufinden wie eine Orientierung an gesellschaftlichen Diskussionen aussehen, was Bezugnahme auf soziale Fragen heißen kann und wo auch unsere Grenzen liegen. Auch geht es uns nicht um die Ernennung eines neuen revolutionären Subjekts, sondern Verbündete bei der Selbstorganisierung gegen das System zu suchen und somit die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern.



Sicher gibt es hier in der BRD eine starke Abgrenzung der Autonomen Szene. Zumindest haben wir hier in Berlin unsere eigenen Kneipen, eigene Arbeitsmöglichkeiten, Häuser etc., teilweise unser eigenes Ghetto. In anderen Ländern, wie Italien oder Spanien, verschwimmen die Grenzen viel mehr und es gibt eine bessere Verknüpfung von linker Kultur und sonstiger Alltagskultur. Vielleicht entsteht dadurch nicht so eine Ferne zu den sozialen Bedingungen der unteren gesellschaftlichen Schichten, wie sie hier oft besteht. Diese Abgrenzung oder Distanz fällt uns immer wieder selbst auf die Füße,z.B. wenn wir Veranstaltungen versuchen, mit denen wir andere ansprechen wollen oder bei Aktionen unter uns bleiben, obwohl es doch eigentlich genügend weitere Betroffene gibt.



In unseren Analysen sieht es schon viel besser aus, da wird bspw. bei der Rassismusdiskussion heftig debattiert, ob der Rassismus in bestimmten Schichten besonders viel oder gerade weniger vorhanden ist, oder über sozialen Abstieg und die Verknüpfung mit rassistischem Verhalten. Auch in anderen Bereichen, wie z.B. dem vielerorts diskutiertem Roth-Text findet eine theoretische Auseinandersetzung über die Realitäten der unteren sozialen Schichten statt. Nur in unserer Praxis, oder wenn es um eine eigene (nicht theoretisierende) Auseinandersetzung geht, scheuen wir uns. Dabei könnte der Kontakt und Austausch mit anderen Teilen der unteren Schichten unseren Horizont erweitern und ein besseres Verständnis bewirken.



Der zur Anfang mal formulierte Ansatz, warum ein Kongreß nicht nur nett, sondern auch wichtig sei, war doch, daß die Autonomen in einer Krise stecken, die u.a. mit den gesamt-gesellschaftlichen Veränderungen zu tun haben ("Was ansteht, ist die radikale Selbstbefragung: ...Vertragen unsere theoretischen Vorstellungen sich mit den gesellschaftlichen Realitäten?" Zitat aus einem Beitrag für einem "Erneuerungskongress" der Autonom. Bewegung). Diese Veränderungen wirken sich natürlich auch auf uns aus, ob in Form von Krise oder Orientierungslosigkeit oder wie auch immer. Diese "Krise" kann produktiv genutzt werden, um unsere Politkfelder zu hinterfragen, statt sie in einem Themenpotpurri zu zelebrieren. Wenn es um eine Krise der Autonomen geht, dann muß dies doch inhaltlich thematisiert werden, wenn es um nicht vorhandene gesellschaftliche Relevanz geht, dann doch um die Frage ob und wie dies zu verändern sei.



In dem Sinne: für ein produktives Miteinander!

Ein Beitrag aus der Donnerstagsgruppe

Zum autonomen Grundrisse-Kongress

- Antwort auf Käthe Kollwitz (Interim Nr.274)

Hallo Käthe, schön, daß du den Kongress auch wichtig findest, aber schade, daß du in dem Zusammenhang nichts mit dem Begriff „autonom" anfangen kannst. Wir hatten geglaubt, daß sich damit trotz allem noch am konkretesten der Rahmen beschreiben läßt, innerhalb dessen wir uns eine Diskussion sinnvoll vorstellen. Das „autonom", wie es im Text des ersten Aufrufs verwendet ist, bezieht sich weniger auf die autonome Bewegung oder gar die autonome „Szene", die ist sehr diffus und identifiziert sich eher über gemeinsame Feindbilder als über ein gemeinsames Politikverständnis.

Gemeint ist vielmehr die politische Kategorie der Autonomie selbst: Eigenverantwortung und Selbstbestimmung als gesellschaftspolitische Ziele **und** als Mittel zu ihrer Durchsetzung. Wer auf dieser Grundlage gegen Patriarchat und Kapital, gegen Rassismus, Sexismus und Ausbeutung kämpft, in der und dem sehen wir unsere GenossInnen, mit denen wir gerne auf dem Kongress zusammenkommen und über Erfahrungen, Probleme und anstehende Aufgaben reden wollen. Es gibt sicher viele, die ihren politischen Standpunkt genau so beschreiben würden, sich aber nicht „autonom" nennen, teils weil sie aus einer anderen politischen Tradition kommen, in denen die Begriffe eine andere Bedeutung haben, teils weil sie von den Erscheinungsbildern autonomer Praxis abgestoßen sind. Das ist ein großes Problem, denn wir wissen nicht, wie wir diese politische Klammer anders bezeichnen sollen. Auf sie verzichten wollen wir aber auch nicht. Mit Gruppen, die für Befreiung kämpfen, aber selbst in autoritären Strukturen organisiert sind, oder mit Menschen, die ihre Hoffnung an die parlamentarische Demokratie gehängt haben, werden wir keine gemeinsame Strategiediskussion führen können.

Ich weiß nicht, was euch auf die Idee gebracht hat, daß Autonomie als politisches Mittel und Ziel abgewirtschaftet hat, nur weil möglicherweise eine Ära von autonomer Bewegung zuende ist. Das wäre genau so, als hätte sich die Idee des Kommunismus erledigt, weil Parteien unter diesem Namen eine Politik betreiben, die mit Kommunismus nichts zu tun hat. Also ich glaube, wenn es überhaupt noch einen Ansatzpunkt für einen aussichtsreichen Kampf gegen die herrschende Gesellschaftsstruktur gibt, dann ist es der autonome. Es ist der einzige, bei dem Mittel und Ziele, zumindest vom Anspruch her, zusammenfallen, weil nämlich das Ziel nicht eine nachrevolutionäre Endzeitgesellschaft ist, sondern der revolutionäre Prozess selbst. Mit anderen Worten: Unsere Utopien werden entweder in jedem einzelnen, kämpferisch gegen das herrschende System gerichteten Schritt realisiert — oder gar nicht. So seh ich das jedenfalls.

In der Praxis ist das schwer einzulösen. Der Druck der vollkommenen Eigenverantwortlichkeit ist nur auszuhalten, wenn Ansprüche und reale Verhaltensmöglichkeiten immer wieder neu gegeneinander ausbalanciert werden. Wir dürfen uns nicht überfordern; wir sind nicht das Schlechte Gewissen der Nation und die Feuerwehr für alle Schweinereien des Systems. Und der revolutionäre Kampf muß trotz aller Belastung etwas sein, in dem sich Freiheit, Lebendigkeit und menschliche Nähe realisiert. Wir sollten uns aber auch nicht unterfordern und denken, daß wir unserer revolutinären Pflicht schon genügen, wenn wir das tun, was irgendwelche WortführerInnen gerade als allgemeines Muss propagieren. Sowohl unsere Ansprüche als auch unsere Praxis sollten wir für eine Überprüfung und Veränderung offen halten, damit wir weder zusammenbrechen noch unser Ziel verfehlen.

Das geht nur in gemeinsamer kritischer Auseinandersetzung. Und genau das ist meine Erwartung an den Kongress. Peinlich finde ich das gar nicht. Peinlich ist es viel eher, eine kritische Selbstüberprüfung, die doch eigentlich selbstverständlich sein sollte, als „Nabelschau" zu bezeichnen.

Es ist nunmal so, daß immer weniger Menschen in unserer metropolitanen Gesellschaft sich eine Alternative zur herrschenden Gesellschaftsform vorstellen können. Dieser Krise linker Politik können wir nicht dadurch entkommen, daß wir uns mit starrem Blick auf den wachsenden Zynismus des herrschenden Systems immer wieder am eigenen Zopf der gerechten Empörung aus dem Sumpf der Hilflosigkeit zu ziehen versuchen. Sicher ist Beharrlichkeit eine wichtige revolutionäre Tugend, aber Lernfähigkeit ist es auch.

Ihr schreibt, es sei wichtiger, Widerstand gegen den rassistischen Konsens in der Gesellschaft zu entwikkeln. Ich antworte, es wird nicht möglich sein, den Widerstand zu entwickeln, wenn wir dem rassistischen Konsens nichts anderes als unsere Empörung entgegenhalten können. Das interessiert keinen, warum sollte es auch? Uninteressant ist auch, Sozialabbau, Lohnraub, neue Armut, Marginalisierung, Umweltzerstörung, totale Überwachung, imperialistische Kriegstreiberei oder den wachsenden Sexismus in allen Lebensbereichen immer und immer wieder anzuprangern. Das wissen wir nun, da versorgen uns die herrschenden Medien genüßlich mit den genauesten Informationen. Sie gehen davon aus, daß die Unterdrückten eh keine Alternativen kennen, und deshalb mit den Informationen auch nichts anfangen können. Ich bin überzeugt, zum Handeln kommst du nicht durch die Einsicht in die Verhältnisse allein, nicht mal durch die Unerträglichkeit deiner eigenen Situation, sondern nur durch die Hoffnung, daß etwas anderes machbar ist. Vielleicht kann der Kongress dazu beitragen, daß wir das wieder besser in den Blick kriegen und also wissen und auch ausdrücken können, **wofür** wir kämpfen.

Mit vielen Grüßen
Eine aus der Kongress-Ini.

PS: Wir laden alle, die Interesse haben, sich an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen, für **Dienstag, den 15. März, 20 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a,** zu einem offenen Treffen ein.

Sehr geehrte autonome KongressmanagerInnen!

Ehrlich, daß das so mies wird, was ihr dem Interim - Publikum vorsetzt, haben wir trotz aller Befürchtungen nicht erwartet.

Ein Vorschlag für einen bundesweiten Kongress der von schonungsloser Aufarbeitung der Erfahrung spricht, aber die Libertären Tage von vor nicht mal einem Jahr mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn analysiert und Schlüsse daraus zieht - der gehört wegen bornierter Geschichtslosigkeit in den Papierkorb:
Eine Gruppe von verschiedenen (dogmatisch) anarchistischen Zusammenhängen und Einzelpersonen hat die Libertären Tage organisiert. Z.B. weil sie sich nach jahr(zehnte)langem AnarchistInnendasein in der anarchistischen Midlifecrisis befanden, oder weil sie die Kassen ihrer (verdienten) Kleinverlage und Zeitschriften füllen wollten, oder warum auch immer. Der Reader, den sie dazu veröffentlichten, hätte bei flüchtigem Überfliegen auch von 1983 sein können. Es gab keine Überlegungen, wie mit rassistischen und sexistischen Szenestrukturen auf dem Kongress umgegangen werden sollte. Der Text zur pflichtgemäßen Männerarbeitsgruppe bestand bis kurz vor Beginn nur aus der Überschrift - den Veranstaltern hatte bis dahin nichts vorgelegen, weil sie nichts vor sich hingelegt hatten.
Gekommen sind eine ganze Menge vor allem jüngere Leute mit einem zumeist diffus positiven Bezug zu libertär /anarchistisch (von wegen ohne Herrschaft etc.) und mit einem starken Diskussionsinteresse, das aus der bekannten Perspektiv- und Ratlosigkeit kam. Sie wußten oft nichts von der traditionell anarchistischen Struktur und Position der VeranstalterInnen und hatten auch nicht soviel damit zu tun. Der ganz offensichtliche Punkt, an dem eine breite und tiefgehende Übereinstimmung zwischen den Veranstaltern und ausreichend vielen anwesenden Männern bestand, war die Unbedarftheit gegenüber den eigenen patriarchalen Strukturen. Das führte (so ist das wahrscheinlich in Krisenzeiten) zum bekannten Desaster.
Ihr habts schon gemerkt - der Gag ist anarchistisch durch autonom zu ersetzen, euren Vorschlag zur Hand zu nehmen, und zu gucken, wo denn da die Unterschiede sind (es gibt welche).

Sich über substantielle Punkte und Inhalte verständigen wollt ihr euch, und das wegen der Grundsätzlichkeit der Fragestellungen gleich bundesweit und in einem Kongress. Ja und wo sind sie dann, die substantiellen Punkte und Inhalte, die grundsätzlichen Fragen? Meint ihr damit ernsthaft das, was vor den Fragezeichen in eurem Text steht? Oder sollen wir sie aus der glorreichen Aneinanderreihung von "Stichpunkten" wie "Geschichte der RAF,RZ und 2.Juni" und "Geschichtsbilder in den Schulen" rauslesen? Wir diskutieren in unserem Zusammenhang auch gerade Grundsätzliches, sollen wir jetzt dazu bundesweit einladen?

Warum sagt ihr nicht mal etwas direkter, was bei dem Ganzen rauskommen soll, wenns nach euch geht: z.B. ordentlich RambaZamba (sprich autonomes Lebensgefühl auf der Straße) zum Jahrestag der Annexion, oder das Parteiprogramm der autonomen Nichtpartei, oder die Restrukturierung einer autonomen Strömung, oder (ein Tip von uns) eine bundesweite Struktur, die in der Lage ist auch eine internationale Diskussion zu führen? Und wenn ihr die "Autonomen" restrukturieren wollt, dann könnt ihr doch nicht so tun, als hätte es die ganzen Diskussionen der letzten Jahre um das Scheitern und an Grenzen Stoßen **aller** Ansätze nicht gegeben ("Käthe Kollwitz" hat bereits darauf hingewiesen). Dann müßt ihr doch erklären warum jetzt gerade die "Autonomen" der Phönix aus der Asche sein sollen. Oder sollen z.B. die "Antiimps" demnächst auch einen bundesweiten Kongress veranstalten? Genausowenig könnt ihr doch das Rausgehen und die Bildung getrennter Zusammenhänge von Frauen/Lesben (ab Mitte der 80er) ignorieren. Sollen die sich wieder auflösen und unter das Dach der "Autonomen" zurückkehren? Oder wie soll eine Zusammenarbeit ausschauen? Was braucht es dafür für Vorraussetzungen von Seiten der Männer? Das sind doch Fragen, die sich auch ganz konkret für einen Kongress stellen (sh. Libertäre Tage). Wenn dazu in eurem Vorschlag nicht mehr steht, als irgendwo mal in Klammern "Frauenarbeitsgruppe", dann ist das einfach der Hohn.

Jetzt aber mal konstruktiv heißts von hinten, also:
Wir schlagen vor, ihr arbeitet mal erkennbar aus, was und warum was für euch die grundsätzlichen Fragestellungen sind. Und dazu dann eine Vorstellung wie das in welchem Zeitraum weiterverbreitet und bearbeitet werden kann, damit am Ende eine produktive Diskussion auf einem **bundesweiten Kongress** bei rauskommt. Dazu gehört z.B. warum ihr die Dinge mit wem diskutieren wollt und wie das mit den vorrauszusehenden KongressteilnehmerInnen übereinstimmt.
Darauf werden wir - nett wie wir sind - auch wirklich konstruktiv eingehen.Und wenn wir zu einigermaßen gemeinsamen Ergebnissen über Ziel, Inhalt, Struktur und Zeitrahmen der geplanten Auseinandersetzung kommen, dann werden wir nach Kräften dazu beitragen.

Noch ein Kommentar von Spockie: Euer orgmäßiges Durchstarten in der aktuellen Interim (273 müßte es sein 274 steht drauf), **ohne** auf die bis jetzt geäußerte Kritik (und Ablehnung) einzugehen ist faszinierend. Langsam dämmert uns, wie - und vor allem wie persönlich - ihr das mit dem autonomen Wunderglauben meint.

die besten Grüsse von einigen Münchnern



Dieser Artikel aus der antirassistischen Zeitschrift "off limits" ist ein Nachbereitungsinterview zum Hungerstreik von Flüchtlingen Ende Dezember auf den Containerschiffen in Hamburg. Der Hungerstreik richtete sich unter anderem gegen die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetz.

"Wir müssen stärker werden nach dem Hungerstreik!"

Interview mit einem Flüchtling, der am Hungerstreik teilnahm. Das Interview wurde am 15.1.94, nachdem die Flüchtlinge unter sich und gemeinsam mit UnterstützerInnen den Hungerstreik ausgewertet hatten, auf Englisch geführt und ohne inhaltliche Veränderungen übersetzt. Zugunsten einer möglichst wörtlichen Übersetzung wurde manchmal auf "guten Stil" im Deutschen verzichtet.

Gründe und Forderungen des Hungerstreiks

Warum habt Ihr Euch zu dem Hungerstreik entschlossen?

Der Hungerstreik wurde begonnen wegen der inhumanen Verhaltensweisen, die wir in den Behörden, die hier für Flüchtlinge verantwortlich sind, entdeckt haben. Das Hauptproblem sind die massiven Abschiebungen, mit denen wir im Moment konfrontiert sind. Einige Leute werden abgeschoben ohne gerechte Gründe. Deswegen mußten wir den Hungerstreik anfangen, denn wir haben schon an die Regierung appelliert, etwas zu tun gegen diese massiven Abschiebungen, aber es gab keine direkte Unterstützung. So mußten wir die Sache selbst in die Hand nehmen.

Habt Ihr auch über andere Aktionen gegen diese Abschiebungen und diese rassistische Politik nachgedacht ?

Nun, im Moment treffen wir Vorbereitungen, wir planen und organisieren uns selbst, um angemessener tätig zu sein. Und wir hoffen, daß wir in der nächsten Zukunft eine andere Aktion beginnen können, denn der Hungerstreik ist nicht die einzige Aktion, die unsere Probleme lösen kann. Auch nach dem Hungerstreik gibt es keine Lösung für die genannten Probleme, denn immer noch werden Leute abgeschoben. Deshalb denken wir, wir müssen intensiver daran arbeiten. Wir haben nichts zu verlieren. Wir werden eine ernsthaftere Aktion machen.

Was waren Eure Forderungen, die Ihr mit dem Hungerstreik durchsetzen wolltet?

Die Forderungen des Hungerstreiks waren: 1. Stop den Abschiebungen, 2. Aufenthaltserlaubnis für alle Flüchtlinge, die hier sind, denn für die, die schon abgeschoben sind, können wir nichts tun. 3. Wir sind gegen die Verteilung, d.h. wir wollen wählen, wo wir bleiben wollen und nicht gezwungen werden, in verschiedene Gebiete verteilt zu werden. Und wir sollten 4. das Recht auf freie Beweglichkeit bekommen, d.h. daß wir das Recht haben, an jeden Ort Deutschlands zu gehen, wenn wir hier in Deutschland Asyl beantragt haben, und daß unser Papier für Hamburg uns nicht nur zum Aufenthalt in Hamburg berechtigt.

Ihr hattet auch Forderungen, die die Bedingungen auf den Schiffen betreffen, nicht wahr?

Ja, denn die Bedingungen, mit denen wir Flüchtlinge dort konfrontiert sind, sind nicht günstig. Wir forderten deshalb einen Stop der Unterbringung von Flüchtlingen auf Schiffen und den Wechsel in Unterkünfte in der Stadt, denn ein normales menschliches Wesen kann nicht im Wasser leben, Wasser und Schiffe sind für Seeleute und Reisende gedacht, aber nicht als permanenter Aufenthalts- und Wohnort. Das ist anormal! Wir hatten auch Forderungen betreffend Essen und Geld, denn es ist anormal, uns nur 10 oder 15 Mark jede Woche oder alle zwei Wochen zu geben. Und das Essen, das wir bekommen, ist nicht das, was wir erwartet haben. Wir würden lieber für uns selbst kochen, denn meistens kochen sie dieses deutsche Essen, das wir nicht gewohnt sind. Die meisten von uns sind Afrikaner und würden gern afrikanisches Essen haben, und das können wir nur selbst zubereiten.

Reaktionen auf den Hungerstreik

Was waren die Reaktionen auf den Hungerstreik? Was taten z.B. die Behörden, was taten die Medien? Wie verhielten sie sich gegenüber Euren Forderungen?

Was die Medien betrifft: Sie kamen, um aufzudecken, was ablief, aber es war ihnen nicht erlaubt, ins Schiff zu kommen. Wir, die Hungerstreikenden, waren die ganze Zeit im Schiff, nicht draußen, und als die Medienleute reingehen wollten, wurden sie von den Behörden gestoppt - vielleicht weil sie wußten, wenn die Medien auf das Schiff kommen, würde vieles enthüllt für die allgemeine Öffentlichkeit wegen der schlechten Bedingungen auf den Schiffen. Und die Medien fragten mehrmals, ob einige von uns rauskommen für ein Interview, aber darüber wurden wir nicht informiert. Wir haben das zwei- oder dreimal gemacht, aber dann nicht mehr, denn wir haben den JournalistInnen gegenüber betont, sie sollten für ihr Recht kämpfen, auf das Schiff zu kommen, um uns bei unserer Aktion und die Bedingungen auf dem Schiff zu sehen, und nicht, daß wir rausgehen und von Leuten gesehen werden. Wir brauchen uns nicht zur Schau stellen! Die Medien behaupteten, sie hätten ihr Bestes versucht, reinzukommen, es aber nicht geschafft. Ich würde sagen, sie waren wohl auch nicht so interessiert, denn wenn du Journalist bist, hast du alle Rechte, bei vielen Orten reinzukommen, und dies Schiff hat keine besseren Sicherheitsbedingungen als irgendein Regierungsgebäude oder andere Sicherheitszonen.

Die Leute von der Ausländerbehörde und vom Bundesamt kamen jeden Tag, um uns zu sehen und nach unseren Forderungen zu fragen. Beim ersten Mal sagten sie, wir sollten ihnen unsere Probleme erzählen, dann wür-

den sie sie lösen. Aber wir haben nicht nur für die Rechte derjenigen gekämpft, die (am Hungerstreik) teilnahmen, wir kämpften für die Rechte von allen Flüchtlingen, nicht nur für uns selbst. Und die Behörden sagten, sie würden drüber nachdenken und kamen jeden Tag wieder, um zu sehen, ob wir unsere Meinung geändert haben, aber wir blieben bei unseren Forderungen, die für alle Flüchtlinge galten. Die Behördenvertreter sagten, die Gesetze seien in Bonn gemacht worden, und sie könnten sie nicht ändern. Unsere Antwort darauf war, daß sie schließlich die Behörden sind und ihr Land kennen, sie können sich mit Bonn in Verbindung setzen. Wir selbst sind in Hamburg und können nicht nach Bonn fahren für einen solchen Kampf. Sie dagegen können in Bonn erzählen, was hier abläuft.

Haben die Behörden Euch mit Bestrafung oder anderen Maßnahmen gedroht wegen der Teilnahme am Hungerstreik?

Nun, es war nicht sehr direkt. Was aber entdeckt wurde, war, daß einige von uns verteilt wurden in andere Unterkünfte in Hamburg während des Hungerstreiks. Sie wollten uns verstreuen, damit wir unsere Stärke verlieren. Sie dachten, wenn sie uns andere Unterkünfte zuweisen, wären wir zufriedengestellt, da ja eine unserer Forderungen war, von den Schiffen in die Stadt verlegt zu werden, aber es war nicht die Hauptforderung. Die Behörden kopierten auch unsere Bordkarten, wenn wir aufs Schiff gingen. Das war ein Trick gegen uns, denn wir waren nicht viele Leute, die am Hungerstreik teilnahmen, und so hatten wir Angst, auf irgendeine Art bestraft zu werden, z.B. abgeschoben oder verhaftet zu werden. Niemand wurde verhaftet während des Hungerstreiks, aber einer von uns ging letzte Woche wegen eines Stempels zur Ausländerbehörde und wurde verhaftet. Inzwischen wurde er wieder freigelassen. Offiziell hatte es nichts mit dem Hungerstreik zu tun. Sie sagten den Grund nicht, aber wir haben gehört, daß ihm vorgeworfen wurde, zwei Asylanträge gestellt zu haben. Ich finde, deshalb sollte man nicht bestraft werden, denn es ist ja auch eine unserer Forderungen, daß wir selbst entscheiden können, wo wir bleiben, aber sie verteilen uns in die DDR, und das ist ein sehr gefährlicher Ort für Flüchtlinge, denn du kannst leicht von Nazis getötet werden. Deshalb haben wir Angst, dorthin zu gehen und müssen unsere Identität ändern, um noch einmal einen Asylantrag zu stellen, um in Hamburg bleiben zu können. Und das ist kein Verbrechen nach unserer Meinung!

'Angebote' der Behörden

Was haben die Behörden Euch letztlich angeboten?

Sie boten uns Stempel an für eine bestimmte Aufenthaltsdauer. Das ist eine normale Routinehandlung für jeden Flüchtling: Wenn man nicht abgeschoben wird, bekommt man nach Ablauf des Datums einen neuen Stempel. Das war also nichts besonderes. Einige von uns hatten zwar schon die Ablehnung bekommen und hatten Angst, abgeschoben zu werden. Auch sie bekamen Stempel. Für sie war es somit ein Erfolg. Aber wir haben darüber schon geredet, nachdem wir den Hungerstreik beendet hatten, daß dies keine Zufriedenstellung für uns ist, wir brauchen nicht stolz darauf zu sein. Dies ist eine normale Routine für diese Regierung. Jemandem einen Stempel für zwei oder drei Monate zu geben, ist nichts. Leute haben schon Stempel für 6 Monate oder 1 Jahr bekommen, ohne irgendeine Aktion gemacht zu haben.
Außerdem haben die Behörden uns angeboten, uns in Unterkünfte in der Stadt zu verlegen. Mehr haben sie uns nicht angeboten.

Aber Ihr habt dann beschlossen, den Hungerstreik abzubrechen?

Wir beendeten den Hungerstreik, weil die meisten von uns verlegt wurden. Und nach zehn Tagen Hungerstreik waren die meisten von uns müde, sie waren sehr hungrig und verloren ihre Widerstandskraft, auch weil es nicht viel Unterstützung von außerhalb gab. Es war sehr schwierig für uns, was von draußen zu hören, denn die UnterstützerInnen durften ja auch nicht aufs Schiff.

Verhalten der UnterstützerInnen

Kannst Du etwas mehr zu Deiner Meinung über die UnterstützerInnen sagen?

Am Anfang war die Unterstützung effektiv, die UnterstützerInnen hatten Treffen mit uns, sie redeten mit uns, machten uns Mut und taten Dinge, zu denen sie in der Lage waren. Aber später entdeckten wir ein gewisses Abschlaffen/ Ermüdungserscheinungen ("relax") unter den UnterstützerInnen, vielleicht weil sie von der Polizei kontrolliert wurden, ich weiß es nicht, denn ich war die ganze Zeit auf dem Schiff und konnte es nicht direkt sehen, aber ich fühlte ein Abschlaffen bei den UnterstützerInnen in der Art wie sie sich verhielten. Sie gaben uns keine Ermutigung mehr. So hatten wir das Gefühl, es geht nicht mehr gut weiter. Und wir hatten Angst, daß wenn uns auf dem Schiff was passiert, z.B. daß die Polizei uns verhaftet, unsere kleine Gruppe, was würden dann die Aktionen der UnterstützerInnen sein? Wir stellten immer wieder diese Frage, bekamen aber keine Antwort in dem Sinne: Wenn das passiert, müssen wir dies und dies tun. Die UnterstützerInnen sagten gar nichts dazu. Das kritisieren wir an ihnen, daß sie ihre Meinung nicht sagten.

Probleme und Aufgaben für die nächste Zeit

Du hast schon einiges zu den Problemen beim Hungerstreik gesagt. Kannst Du noch etwas mehr sagen zu den Schwierigkeiten, die Flüchtlinge haben, wenn sie hier in Deutschland etwas tun wollen, um an den schlechten Bedingungen was zu ändern?

Ja, es ist sehr schwierig, wenn man kämpfen will für seine Rechte hier in Deutschland als Flüchtling, denn es ist ein Polizeistaat, und ich denke nicht, daß wir viel machen können ohne die Hilfe einiger Leute wie die UnterstützerInnen. Denn wenn wir die Sachen alleine machen, kriegen wir Probleme. Wir müssen stark sein, wir brauchen ein sehr gutes Fundament. So wenn irgendeine Flüchtlingsgruppe etwas machen will, ist es wichtig, die Aktion vorher gut zu pla-

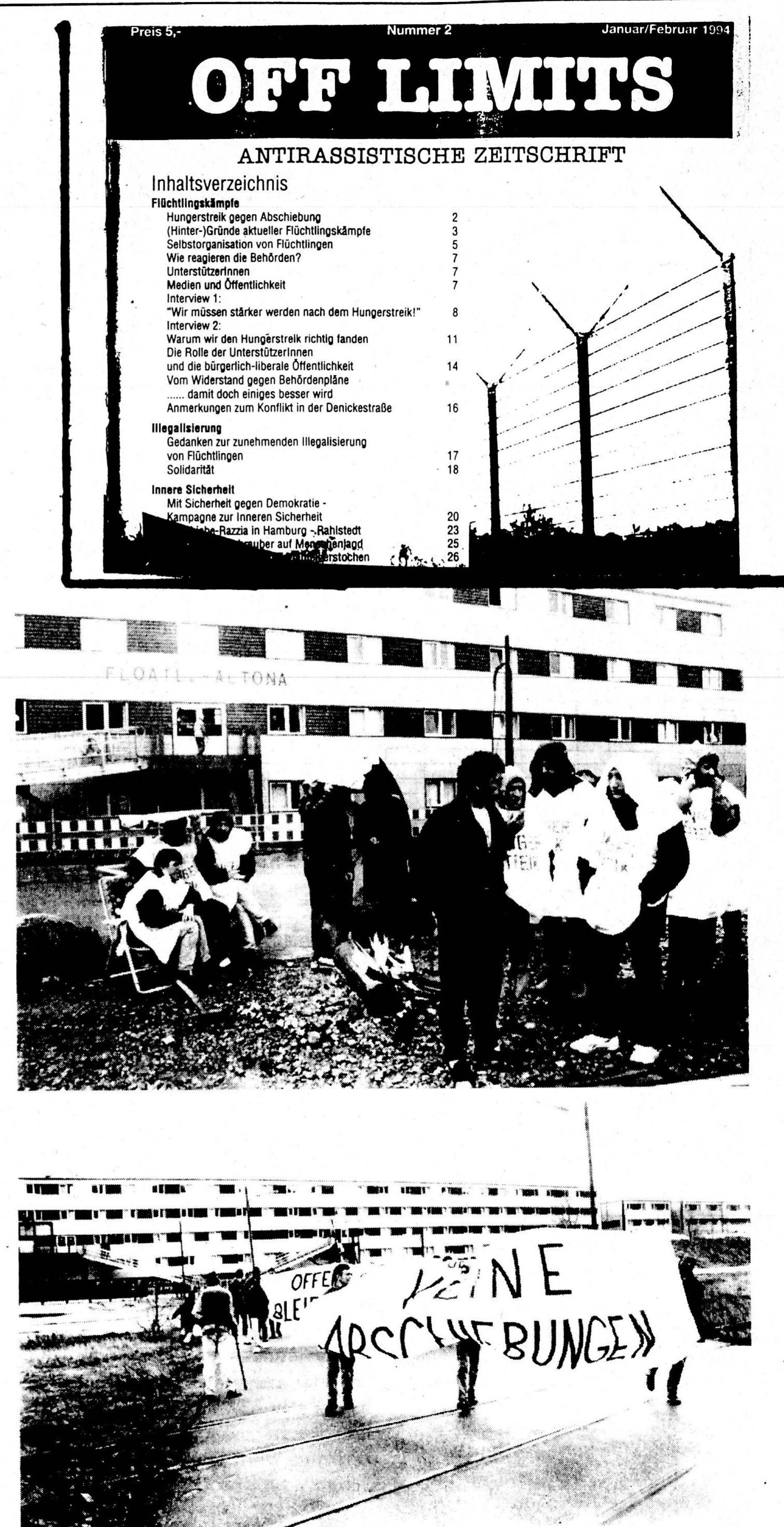
nen und nicht anzufangen, ohne zu überlegen, was die Reaktion der Regierung sein könnte oder was für eine Art Bestrafung möglich ist. Das war ein Problem unseres Hungerstreiks: Er war nicht angemessen geplant, wir sprangen sozusagen in die Aktion, ohne drüber nachzudenken, was die Lösung sein könnte.

Ihr habt jetzt weiter Treffen und diskutiert, was ihr in Zukunft machen wollt?

Ja, seit dem Ende des Hungerstreiks haben wir uns gesagt, wir dürfen nicht mit unseren Aktionen aufhören. Wir müssen stärker werden, uns auf eine andere Aktion vorbereiten. Andere Flüchtlinge sind dazugekommen, und zusammen mit UnterstützerInnen wollen wir eine Art Bewegung daraus machen. Wir arbeiten daran, diese Bewegung stärker zu machen, und wenn wir uns besser organisiert haben, werden wir eine andere Aktion starten. Unsere Selbstorganisation ist nicht nur für Flüchtlinge, sondern offen für alle, die sich anschließen und gegen den Rassismus, der hier herrscht, kämpfen wollen. Dies ist der Beginn einer solchen Bewegung, und ich denke, sie wird andauern, denn wir sagten uns, unser Motto ist: "Wir haben nichts zu verlieren!"

Zum Schluß möchte ich noch einige unserer Forderungen nennen:

- **Wir brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für alle Flüchtlinge, die in Deutschland sind!**
- **Recht auf Sozialhilfe und andere Wohlfahrtsleistungen für alle Flüchtlinge ohne Beschränkungen!**
- **Medizinische Behandlung für alle Flüchtlinge, die krank werden, ohne irgendwelche Bedingungen!**
- **Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und Länder, wo Diktaturen an der Macht sind!**
- **Bleiberecht für alle unbegleiteten Flüchtlingskinder!**
- **Recht, zu arbeiten, sich fortzubewegen, zu studieren und zu wählen, wo man bleiben will!**
- **Gegen Zwangsverteilungen!**
- **Gegen alle Formen von Vorurteilen und Diskriminierungen!**



Preis 5,- Nummer 2 Januar/Februar 1994

OFF LIMITS

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

Inhaltsverzeichnis

Fotos: Marily Stroux (Bild oben die Hungerstreikenden in der Kantine des Floatel Altona

Wenn der Fun auf den Brettern und der Rausch nach Geschwindigkeit in Anbetracht ständig ratternder Schneekanonen

wichtiger werden als

die Erhaltung der Berge und
das Bewahren eines ökologischen Gleichgewichts.

Über autonome Sehnsüchte, Alpentourismus und Gletscherfieber.

Anlaß für diesen Beitrag ist, daß auch diese Jahr wieder etliche aus der autonomen Szene nach Polen (sehr beliebt bei den Autonomen weil für Deutsche besonders billig), der CSFR oder in die Alpen fahren, um ihrem Bedürfnis nach dem Ausüben einer exKlusiven Sportart nachzukommen: dem Skifahren !!!
Gleichzeitig geht die Natur in Arsch; in den Alpenregionen sind die katastrophalen Auswirkungen eines hemmungslosen Expansionsdranges Skigeiler Touristen deutlich erkennbar; in den Osteuropäischen Staaten werden die ständig anwachsenden Touristenmassen(v.a. aus dem Westen) zum Wegbereiter neuer, moderner, hochtechnoligisierter und glitzernder Skiparadiese mit Panoramablick auf kahlrasierte Berge.

ZWEI SEILBAHNEN schaffen 3300 Menschen pro Stunde auf den Stubai-Gletscher. 18 Lifte führen weiter zu den Pisten

Klar ist die Diskussion nicht einfach, geht es bei Urlaub und fernen Reisen doch auch um Privelegien , die wir als Metropolenmenschen auch nicht so ohne weiteres aufgeben wollen.

Doch darüber zu streiten ist es allermal notwendig.
Wer nach Gomera, Teneriffa, Mallorca, Sri Lanka, Thailand, Polen uns sonstwo hinfährt nur weil es da so schon billig ist, oder die Sonne scheint, wer sich für die Menschen dort nicht interessiert und auch kein Kontakt knüpft, die Landessprache nicht spricht, die Natur mißachtet und sich nur um sich selbst und seine Bedürfnisse kümmert, der oder die muß sich dafür auch kritisieren lassen.
Der zweite Artikel ist aus der WOZ und geht um die Alpeninitiative aus der Schweiz, die gegen die weitere Zerstörung der Alpen Widerstand leisten.

Während für die Jet-Setter aus München das Skifahren nur ein kleines Taschengeld bedeutet, ist für viele andere der Preis eines Skipasses in den Alpen kaum erschwinglich.
Preise zwischen 50 und 100 DM pro Tag sind für nicht wenige 10-20 % ihres monatlichen Einkommens. Skisport- nix für Arme !!!
Und in Polen mag es für die mit harter DM-Währung spottbillig sein --- bei den PolINNen können sich nur die Besserverdienenden das Skivergnügen leisten.
Die folgenden Artikel sollen nur eine Art Argumentationshilfe sein.
Direkte und persönliche Diskussionen und Auseinandersetzungen über das unserige Tourismus-Verhalten und autonome Urlaubswünsche und Sehnsüchte gestalten sich derweilen als nicht so einfach. Zu schnell wird sich da total angepisst gefühlt, Diskussionen aus dem Weg gegangen oder geschickt erwidert, wo sich die KritikerInnen selbst doch überall widersprüchlich verhalten. Das mag z.Teil auch stimmen, es kann jedoch die Kritik als solches nicht völlig relativieren.

GLÜCK GEHABT: Die Bachertal-Lawine kommt alljährlich vom Hohen Burgstall, 1951 stoppte sie vor der Volksschule



Die erste Lawine überrollt das Stubaital am Morgen: An diesem Samstag staut sich das Blech zwischen Mieders und Fulpmes, gleich nach der Abzweigung hinter dem McDonald's an der Brennerautobahn. Zwangspause mit grandiosem Alpenpanorama: Rechts leuchten die neuschneegekrönten Kalkkögel, darunter drängen sich die Häuser von Telfes. Danach zähfließender Verkehr im Schrittempo bis Neustift. Dann auf einmal: Parkplatzsuche. Nichts geht mehr, das Sperrschild ist unmißverständlich: Die 16 Kilometer bis zum Talende dürfen nur noch Busse und Anlieger fahren. Alle anderen kommen nur per Shuttle-Bus zur Gletscherbahn.

Alltäglicher Verkehrskollaps oder Stau nach einem Unfall? „Weder noch", erklärt freundlich ein Busfahrer, „einen Tag wie diesen, das gab's bisher noch nicht." Der Parkplatz am Mutterberg ist erstmals überfüllt.

100 Busse und 2600 Pkws können auf dem planierten und asphaltierten Areal am Talende abgestellt werden. „Bislang war das ausreichend", versichert ein Mitarbeiter der Gletscherbahn, „selbst für den Spitzenansturm von über 10 000 Menschen."

„Ich weiß nicht, was für eine Seuche in Deutschland ausgebrochen ist", sagt Josef Thaler, Regionalvorsitzender der Stubai-Gemeinden, der die Antwort natürlich kennt: „Wir profitieren vom Schneemangel in Tirol und Bayern." Denn für den Gletscher gilt der Slogan: „garantiert schneesicher".

Während in traditionellen Skigebieten die weiße Pracht häufig schon nach wenigen Tagen dahinschmilzt, locken die Pisten hoch oben auf den Tiroler Gletschern mit phantastischem Pulverschnee. Klimaexperten deuten das Phänomen der schneearmen Winter als eine direkte Folge des Treibhauseffekts. Die globale Erwärmung der Atmosphäre macht die Winter milder und läßt den Schnee in den niedrigen Lagen verschwinden. Wintersport, so prophezeit Wolfgang Seiler vom Fraunhofer-Institut für Atmosphärische Umweltforschung in Garmisch-Partenkirchen, werde bald nur noch in Hochlagen möglich sein.

Als Anfang der 70er Jahre der Bergsteiger Heinrich Klier mit der Wintersport Tirol AG 15 Quadratkilometer vom ewigen Eis zwischen Zuckerhütl und Daunkogel als Wirtschaftsgebiet erschloß, war vom Treibhaus-effekt noch keine Rede. Klier wollte eines der schönsten Gletscherareale einem breiten Publikum zugänglich machen – und selbstverständlich daran verdienen. Inzwischen verkehren zwei Seilbahnen mit einer Kapazität von 3300 Personen pro Stunde und rotieren 18 Lifte. 82 Millionen Mark wurden in den letzten zehn Jahren investiert.

Der Erfolg spiegelt sich in der Statistik: 1975 registrierte man knapp 530 000 Übernachtungen, 1990 schon mehr als eine Million, 1992 wurde die Rekordmarke von 1,8 Millionen Übernachtungen erreicht. An guten Tagen befinden sich 12 000 Gäste im Tal, über 10 000 davon auf dem Gletscher. Tendenz: steigend. Im Winter bringen Skifahrer und Snowboarder das Geld, im Sommer Mountainbiker, Paraglider und Drachenflieger. Der Tourismus wurde zum stärksten Wirtschaftsfaktor, sichtbar an den neuen Bauten im kitschigen Alpenbarock.

„Der Wohlstand", klagt indes Karlheinz Töchterle, Philologe und Mitglied der Grünen im Gemeinderat von Telfes, „hat seinen Preis." Mit der Natur sei auch Lebensqualität verlorengegangen. Statt dynamisch fließender Wildbäche habe man jetzt verbaute Kanäle. Die fünf Orte im Tal wüchsen planlos aufeinander zu.

Eine Wachstumsspirale mit fatalen Folgen diktiert die Entwicklung: Jedes zusätzliche Hotelbett forciert mehr Gäste, mehr Übernachtungen rechtfertigen die weitere Erschließung von Gletscherflächen und den Bau von Pisten und Liften. Das lockt wiederum noch mehr Wintersportler an, erfordert mehr Parkflächen und Straßen. Dadurch werden die natürlichen Grenzen im Tal ignoriert, die Gefahren verharmlost. Um Katastrophen durch Lawinen, Bergstürze, Hochwasser und Muren vom neuerschlossenen Areal abzuwenden, wird die Natur wieder mit viel Aufwand reguliert und verbaut.



MIT RISIKO GEBAUT: 1975 wurde im hinteren Stubaital wie durch ein Wunder nur ein Haus von der Lawine zerstört

Weil die Zukunft einer einzigartigen Alpenlandschaft mit 70 Gletschern, gut 100 Dreitausendern, fünf Hochgebirgsseen und jeder Menge Wald, Almen und Wildbächen auf dem Spiel steht, wollen Kritiker und Bürgerinitiativen nun bei der Entwicklungsplanung mitreden. Die Studie „Stubai 2000", vom Talverband initiiert, bestätigt weitgehend Töchterles Kritik und die Risiken der Wachstumsspirale. Einig im Verband ist man sich indes nur über die Zielvorstellungen.

Handfeste Tatsachen übertreffen im Zirkenbachtal, hoch über dem Dorf Mieders, Töchterles Befürchtungen: Vier Dutzend Betonriegel, mit viel Gewalt in die Flanken des Taleinschnitts geklotzt, sollen den Wildbach zähmen.



STRASSENSCHLUCHT: Zehn Meter hoch lagen 1951 die Schneemassen der Bachertal-Lawine mitten in Neustift

Sie rauben dem Gewässer aber nicht nur die Kraft, sondern auch das Leben. Kein Fisch kann hier mehr existieren, die knapp zwei Meter hohen Stufen sind selbst für sprunggewandte Forellen zu hoch. Jetzt im Winter ist der Bach ein Rinnsal, sind die künstlichen Kaskaden zu Eiszapfen erstarrt. Nur ein schwaches Glucksen ist zu hören, es läßt nicht im entferntesten ahnen, welche lehmtrüben Fluten zur Schneeschmelze talwärts stürzen werden. Drei Viertel aller Wildwasser im Stubai teilen das Schicksal des Zirkenbachs: Sie wurden in Beton und Stein gepreßt.

In Neustift, zwischen Pfarrkirche und dem Damm der Ruetz, stehen Wohnwagen und Campingmobile in Reih und Glied. Nebendran entsteht ein Billa-Supermarkt. „Campingplatz und Kirchengrund liegen in der gelben Zone, im unmittelbaren Gefahrenbereich", erklärt der Innsbrucker Wildbachverbauer Josef Neuner. Wehe, wenn die Ruetz über ihren Uferdamm tritt.

Allein in Neustift sind elf der zwölf Siedlungsgebiete und Weiler durch Lawinen oder Überschwemmungen bedroht. Je nach Gefährdung sind sie in grüne, gelbe und rote Zonen eingeteilt. Doch weil der Grund im sicheren grünen Bereich längst erschöpft ist, wichen viele Bauherrn in die gelbe Zone aus. Obwohl der Ort mit 249 Qua-



NEUSTIFT 1925: An der Kirche beginnt die Gefahrenzone. Die Flächen davor sind von Hochwasser bedroht und noch unbebaut



48 KATARAKTE: Mannshohe Betonriegel bremsen bei Schneeschmelze die zerstörerische Kraft des Zirkenbachs

dratkilometern Fläche einen Spitzenplatz unter den landreichsten Gemeinden Österreichs belegt, sind nur 5,1 Prozent besiedlungsfähig und nur ein Bruchteil gefahrensicher.

Direkt an der Neustifter Dorfstraße beginnt eine der roten Zonen. Hier auf dem Schuttkegel des Bachertalbachs herrscht totales Bauverbot: Lawinengefahr. 1951 noch verschüttete die Bachertal-Lawine die Dorfstraße, heute ist der Gipfel des Hohen Burgstalls mit Sperrwerken verbaut. Die Gefahr scheint gebannt. Luis Töchterle, der Bruder von Karlheinz aus Telfes, hat auf dem Schuttkegel in der Nähe der roten Zone ein Haus gebaut. „Nein, Angst habe ich nicht, ich glaube, wir sind hier einigermaßen sicher." Die ständige Bedrohung nimmt er jedoch ernst. Im letzten Jahr habe er die Bachertal-Lawine nicht einmal gehört, sie sei lautlos gekommen.

Schon immer spielte die Natur im Stubai eine wichtige und vielfach grausame Rolle. Direkt am Alpenhauptkamm gelegen, ist das Tal ständigen Gefahren ausgesetzt: Im Winter gehen Lawinen ab, den Rest des Jahres drohen Muren und Hochwasser. Die Chronik von Neustift verzeichnet seit 1668 rund 60 Katastrophen. Lange Zeit hielten sich die Menschen an leidvolle Erfahrungen. Man baute lawinen- und hochwassersicher. Diese Höfe stehen noch heute unversehrt. Doch der Fremdenverkehr forderte seinen Tribut: Auch in den Gefahrenzonen wurde der Raum verbaut. 1987 verwüstete das bislang letzte große Hochwasser fast das gesamte Tal. Gesamtschaden: etwa 30 Millionen Mark.

„Aus der Ruetz", erinnert sich Neuner, „wurde in wenigen Stunden ein gewaltiger Fluß." Straßen wurden fortgerissen, Häuser bis zur ersten Etage mit Gestein zugeschüttet, Wohnwagen fortgeschwemmt. „Wie durch ein Wunder", sagt er, „gab es keine Toten".

Ähnlich wie Karlheinz Töchterle geht es Talverbandsobmann und Hotelier Andreas Haas um die „Sorgfalt im Umgang mit der Natur und Umwelt". Auch er möchte „den Ast nicht absägen, auf dem die Stubaier sitzen." Doch die Forderung der Studie „Stubai 2000", die „Kapazitäten zu halten, nicht zu erweitern", ist für viele Hotelbesitzer allenfalls ein frommer Wunsch. Schließlich ist die Zahl der Gäste immer noch der wichtigste Indikator für die Wirtschaftlichkeit eines Hotels. Deshalb wird fleißig weiter gebaut. Mit Billigung – und mitunter sogar Hilfe – der Gemeinden. So entsteht gerade am Ortseingang von Neustift eine Bettenburg des Himalaya-Expeditionsleiters Horst Frankhauser. Der Grund, lange „Häuslbauern" vorbehalten, wurde einfach umgewidmet.

Andere Hotels vergrößern ihre Kapazitäten mit Appartementhäusern oder zweckentfremdeten Aussiedlergehöften, die dann den Touristen als „Gutshöfe" offeriert werden. „Unterstützung erhalten viele Hotelbesitzer von Steuer- und Unternehmensberatern", weiß Luis Töchterle. „Sie plädieren aus wirtschaftlichen Gründen nicht für Stillstand, sondern für den steuersenkenden Ausbau der Bettenkapazität." Und die Stubaier Banken vergeben dafür bereitwillig Kredite.

Für wirkliche Verbesserungen aber fehlt das Geld. Ganz vorn in der Top-Ten-Liste der Vier-Sterne-Herbergen liegt das Alpensporthotel Mutterberg. Innen präsentiert sich das 230-Zimmer-Domizil an der Talstation der Gletscherbahnen vom feinsten – mit Holztäfelung, Sauna, Schwimmbad und Whirlpool. Draußen jedoch stinkt es bestialisch. Es gibt immer noch keine Kläranlage. Die Abwässer werden über eine Versitzgrube in die Ruetz „entsorgt".

Um jedoch der morgendlichen und abendlichen Blechlawine von 6000 Autos und Dutzenden von Bussen zu entgehen, wollten die Neustifter nun einen Tunnel bauen. „Eine aberwitzige Idee", meint Luis Töchterle, „um das schlimmste Nadelöhr im Tal zu beseitigen." Kosten: 20 Millionen Mark.

Dabei wissen die Neustifter sehr wohl, daß sich der in den Untergrund verbannte Verkehr dann weiter hinten im Tal staut. Töchterle plädiert statt dessen für einen Ausbau des Shuttle-Verkehrs.

Mittlerweile sind Lärm und Abgase eine lästige Begleiterscheinung des Gletscherskilaufs, vor über 40 Jahren haben die Stubaier den Verkehr aber geradezu herbeigewünscht. Die große Chance, Touristen direkt ins Tal zu schleusen, kam mit der Brennerautobahn. Statt tief im Wipptal verläuft die Nord-Süd-Verbindung schwungvoll über die Europabrücke auf hoher Trasse. Der Anschluß ans Stubaital war kein Zufall. Die Weichen stellten die Europabrücken-Planer, und die Bürgermeister aus dem Stubai sorgten für den nötigen politischen Druck in Innsbruck. Von München aus läßt sich nun die 3000er-Region des Alpenhauptkamms in knapp zwei Stunden erreichen.

Auch für Wolfgang aus Freising. Er ist Tages-Stammgast im Stubai. Eine Übernachtung will er sich nicht leisten. Der Skipaß kommt ihn deshalb etwas teurer. 100 Mark kostet der Spaß – Jause und „Jagertee" nicht mitgerechnet. Oben auf dem Gletscher war es zwar ein bißchen neblig – Sichtweite 80 Meter – und bei minus 14 Grad bissig kalt. Aber auch ohne Aussicht und Sonne fand er's toll.

Norbert, 30, kommt noch von viel weiter her – aus Leverkusen. Er ist zum ersten Mal hier, hat für dreieinhalb Tage gebucht. Die Strecke von 1500 Kilometern – jeweils sieben Stunden für Hin- und Rückfahrt – ist ihm die Sache wert. Auch Norbert fand es super droben. Die Kälte, die schlechte Sicht? Was soll's, er nimmt's gern in Kauf. Kosten: 1000 Mark, Skipaß, Übernachtung, Verpflegung und Après-Ski inklusive. Nicht gerade billig, aber Norbert will trotzdem wiederkommen.

Von den Risiken, die die rigorose Fremdenverkehrs-Erschließung der Bergregionen mit sich bringt, ahnen Touristen wie Norbert und Wolfgang



KÜNSTLICHE AUEN: Hier soll sich die wilde Ruetz bei Hochwasser austoben




ENDSTATION DER BLECHLAWINE: Die Parkplätze vor der Gletscherbahn fassen 100 Reisebusse und 2600 Autos

nichts. „Skifahrer sind blind für die Natur. Kein Blick rechts oder links. Die wollen nur ihren Spaß", weiß Franz Wehinger, Hotelier aus Telfes. „Für Skifahrer ist nur wichtig, daß hier Schnee liegt und sie auf ihre Bretter steigen können. Die wollen doch skifahren, nicht denken, und selbst Lawinen halten sie nicht zurück."

Solcherlei Erkenntnisse und Geldverdienen sind jedoch auch für die Stubaier zweierlei Stiefel: Wehinger hat einen lukrativen Nebenjob – er ist Leiter einer großen Skischule im Stubai und bringt jeden Winter neue Touristen auf die Pisten.


SPUREN DES SKIBETRIEBS: An der Mittelstation der Gletschbahn ist die Grasnarbe für Jahrhunderte zerstört

Alpeninitiative

Dass die IKuR eine Initiative mit einer Soliwoche und einem Solifest unterstützt, muss wohl erklärt werden.
Die Initiative verlangt in drei Abschnitten, dass der Alpenraum generell vor den Auswirkungen des Transitverkehrs geschützt wird und konkret dass bis in zehn Jahren der Transitgüterverkehr ausschliesslich auf die Schiene verlagert werden soll. Weiter der Verzicht auf den Ausbau der Transitstrassenkapazitäten, ausgenommen sind Umfahrungsstrassen von Ortschaften.

Freie Sicht aufs Mittelmeer

Nun sollen wir also auch noch die Berge schützen, wo die doch eh voll von Mythos, Militärbunker und Pumpspeicherkaftwerken sind. Sie sind jedoch nicht nur unserem Horizont und unserer Aussicht im Weg, sondern auch der freien Fahrt im Europa der rollenden Güter. Da sich der Verkehr in den Alpengebieten auf wenige Durchgangsstrassen konzentriert, wird die Belastung der AnwohnerInnen derart gross, dass Bergbauern vor laufender Kamera sagen, sie würden bald Autobahnbrücken in die Luft sprengen. Das Verkehrsproblem war dann auch Auslöser, dass sich verschiedene Leute aus Bergkantonen zusammenschlossen, um seit 1987 zu diskutieren. Aus dieser Diskussion, unabhängig der gängigen Parteischemen, ist die Idee der Alpeninitiative entstanden. In einem Jahr bringt die erste Initiative aus dem Alpenraum die notwendigen Unterschriften zusammen. Gleichzeitig wird eine Standesinitiative im Kanton Uri, gleichen Inhalts, von 80% der Bevölkerung gutgeheissen. National- und Ständerat jedoch lehnen die Initative als extrem und gefährlich ab. Jetzt hat sich auch ein Gegeninitiativkomitee unter der Federführung des Gewerbeverbandes zusammengefunden. Ihr Vorzeigeverkehr(t)-pferdchen ist, wer könnte es anders sein, Minister Ogi, der auch völlig klar und einsichtig für die NEAT und gegen die Initiative schnaubt. Begründung: sie sei nicht europatauglich. Denn freier und billiger Güterverkehr ist eine Bedingung für das Wachsen der Eurowirtschaft und damit den Wohlstand der Eurobonzen. Mit der Verlagerung des Güterverkehrs würden einige der heute auf der Strasse nicht gedeckten Kosten bezahlt. Transportieren würde längerfristig weniger lukrativ. Heute jedoch rentiert es mit einem Lastwagen für jeden arbeitsaufwendigen Schritt in ein europäische Billiglohnland zu fahren und mit dem fertigen Produkt wieder zurück, um es Made in NordEuropa als Qualitätsprodukt zu verkaufen. Und auch die Parmaschinken werden schon lange nicht mehr in der saftigen Po-Ebene fett, sondern rollen von z.B. Belgien gleich tonnenweise nach Italien, um dort als prosciuto crudo di Parma geschlachtet zu werden und als italienische Spezialität auf unseren Tischen zu landen.
Ausschliesslich politisch lässt sich die Unterstützung jedoch nicht begründen. Denn: Heute wird viel und oft mit der NEAT argumentiert. Wenn die SchweizerInnen schon ja gestimmt haben, dann soll auch der gesetzliche Rahmen dafür geschaffen werden, damit die Güter, dass auch wirklich mit der Bahn transportiert werden. Wächst aber der Güterverkehr, was unter gleichbleibenden Bedingungen so gut wie sicher ist, dann wird die NEAT noch viele Milliarden verschlingen mit jährlichen Ausbauten und trotzdem die nötige Kapazität nicht erreichen. Es reicht bei weitem nicht aus, nur die Transportmittel zu ändern. Die Bedingungen, dass der Transport nicht mehr lukrativ ist sollen geändert werden. Das hiesse in erster Linie, einmal den Verkehr seine direkten und externen Kosten selber zahlen zu lassen, und nicht die Öffentlichkeit. Das hiesse aber auch Lohnniveau und Arbeitsbedingungen gleich zu machen, und zwar nicht nur in Europa.
Zudem «leiden» in den Alpen, die Bevölkerung und andere nicht nur am Verkehr, auch ganz andere Interessen konzentrieren sich im Alpenraum. Stauseen und Elektrowirtschaft, Schneekanonen und Tourismus, Patriotismus und Bergreduitromantik, Gatt und Gott trennen die Gemüter in ganz verschiedene Lager.



Generell sind Initiativen sicher nicht das politische Mittel, mit dem wir uns zu Wort melden. Initiativen haftet immer auch der Glaube an die Durchsetzbarkeit von Bevölkerungsanliegen in einem «demokratischen» System an, wir glauben so in der Schweiz nicht an dieses Prinzip. Mit der Initiative griffen aber die Leute aus den Bergkantonen zu einem politischen Mittel, um sich gegen Fremdbestimmung z.B. durch Wirtschaftsinteressen zu wehren. Und eine kritische Auseinandersetzung mit den Alpen finden wir so oder so ganz interessant. *ns*

BETRETEN VERBOTEN?

Die Palisadenstr. 49 ist seit 1989 besetzt. Vorher stand das Haus zehn Jahre lang leer. Bisher ist uns der übliche Streß mit Verträgen, Besitzern etc. erspart geblieben. Die WBF war nicht zuständig und die Erbengemeinschaft ist nicht aufgetaucht. Verträge gabs keine, Ärger auch nicht. So weit so schön...**Palipower macht Hellmich sauer!**
Am 20. Januar tauchte Peter Hellmich (Besitzer eines Sanitärgroßhandels mit Lager in Friedrichshain, Krautstr, S-Bahnbogen und Kaulsdorf, Wilhelsmühlenweg 61-67) auf und behauptete, das Haus gekauft zu haben. Er hinterließ uns einen Zettel an der Tür, in dem er uns mitteilteilte, daß die "BewohnerInnenversammlung" am 25.1. im Erdgeschoß stattfinden sollte. Uns haben weder Zeit noch Ort dieses Treffens gefallen. Nachdem Hellmich diese Versammlung allein vor der Haustür abhalten mußte, kam er einige Tage später mit einem Schlüsseldienst, einem Gutachter von der Bank, einem Architekten und acht Bullen von der Wache Friedensstraße wieder. Nach einer kurzen Unterhaltung schien er der Auffassung zu sein, mit uns einen Termin für den 21. Februar, für eine Hausbegehung zum Schätzen und Vermessen ausgemacht zu haben. Zwar sind wir immer neugierig, neue Menschen kennenzulernen, aber das war uns doch etwas zu aufdringlich. Deshalb schlugen wir ihm vor, sich mit uns in einer Rechtsanwaltskanzlei zu treffen. Trotzdem ließ er sich nicht davon abbringen, persönlich zu erscheinen. Mit ihm kam seine scheinbar übliche Begleitung, Schlüsseldienst etc... Außerdem ca. 30 Bullen, die den Menschen vom Schlüsseldienst (Landsberger Allee 38) beschützten, während der anfing, unser Türschloß zu zerstören. Als sie gemerkt haben, daß sie so auch nicht reinkommen, und immer mehr Leute kamen, die durch die Infoketten informiert worden waren, zogen sich die Bullen dann zurück. **Pali pleibt!**
Toll war, daß so schnell so viele Leute da waren. Weniger toll war, daß die Bullen einen Typen, der noch nicht einmal der offizielle Eigentümer sondern nur ein potentieller Käufer ist, beim Einbruch in unser Haus unterstützen. **Palipower macht Hellmich sauer!**
Nun ist Hellmich erstmal wieder weg. Was versucht unser aufstrebender Mittelständler als nächstes, um uns aus unserm Haus zu vertreiben? Daß in diesem Staat sein Profit wichtiger ist, als unser Wohn- und Lebensraum, zeigt auch die Tatsache, daß die Baustadträtin (Frau Albinus, PDS) während der Aktion nicht zu sprechen war, sondern Mittagessen mußte. **Pali pleibt!** Da wir nicht vohaben vor seiner Kohle und der Staatsmacht zu kuschen, wird es wohl auch in Zukunft zu unangekündigten Einbruchs- und Räumungsversuchen kommen. **Palipower macht Hellmich sauer!**
Das ist unser Haus! (wir hoffen, Ihr seht das genauso)
Macht Palipower Hellmich schlauer?
Wir lassen uns nicht vetreiben! Wir bleiben Alle.
ansonsten das Übliche...
Besucht uns! Solidarisiert Euch!

TERMINE !!! TERMINE !!! TERMINE !!! TERMINE !!! TERMINE !!! TERMINE

NUR FÜR FRAUEN/LESBEN **NUR FÜR FRAUEN/LESBEN** **NUR FÜR FRAUEN/LESBEN**

8. März INTERNATIONALER FRAUENTAG

- GEGEN DIE ANEIGNUNG DER KÖRPER UND DER KÖPFE VON FRAUEN -

Veranstaltungsreihe zu Bevölkerungspolitik
Vom 1.3. bis 7.3. im Pelze, Potsdamerstr. 139, um 19 Uhr 30

Veranstaltungen:

Donnerstag, den 3.3.
Entwicklung durch Verhütung? Die Vorbereitungen zur 3. Weltbevölkerungskonferenz 1994

Eine besondere Note erhält der Zugriff auf die "Gebärmütter" in diesem Jahr. Im September 1994 wird in Kairo die 3. Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen stattfinden. In Deutschland und anderswo wird auf offizieller politischer und NRO-Ebene (Nicht-Regierungs-Organisationen) auf die Konferenz vorbereitet.
Referentin: Ute Sprenger

Freitag, den 4.3.
Der Frauenleib als Austragungsort - Abtreibung, §218, pränatale Diagnostik

Hier geht es um ein Gesetz und ein medizintechnisches Angebot, das Normen setzt: der § 218 und die pränatale Diagnostik bestimmen den Umgang mit der Körperlichkeit von Frauen und fordern heraus zur eigenen Entscheidungsfindung, sowie politischen Analysen und Handlungsformen.
Referentinnen: Silvia Groth, Roscha Schmidt, Feministisches FrauenGesundheitsZentrum Berlin

Sonntag, den 6.3.
Die Debatte um Eugenik und Euthanasie - Eine Debatte mit Vorreiterfunktion

In dieser Veranstaltung wird der Zusammenhang zwischen Eugenik, Euthanasie und Rassismus hergestellt sowie der mit dieser Debatte einhergehenden "Biologisierung des Sozialen" nachgegangen, um dann die damit verbundenen politischen Konsequenzen zu diskutieren.
Referentin: Ursula Aurien

Montag, den 7.3.
"Fluten-Rhetorik" - Sprechen und Schreiben über Bevölkerungsentwicklung

Den Abschluß der Reihe bildet diese Veranstaltung, bei der die Referentin die beiden Stränge, Bevölkerungpolitik und Flüchtlingspolitik verknüpft, indem sie die in der Medienberichterstattung verwendeten Worte und Bilder untersucht und Zusammenhänge herstellt.
Referentin: Gisela Wuttke

---

8. MÄRZ

17.00 Uhr KNASTKUNDGEBUNG VOR DER PLÖTZE

14.00 Uhr DEMO SPRINGER VERLAG, KOCHSTR. ABSCHLUß: ALEXANDERPLATZ
Frauen gegen imperialistische Kriege

Do 3.3.

ITALIEN 94

DIE AUTONOMEN AUF NEUEN WEGEN

Analyse der aktuellen Situation in Italien

- Hintergründe des Bankrotts der politischen Klasse
- Woher kommen die Erfolge der Lega Nord und der Neofaschisten?
- Trotz "Staatskrise" wird Sozialabbau und Deregulierung beschleunigt

Das neue Erstarken der Autonomen

- die neue "Klassensolidarität von unten"
- Zusammenarbeit mit linksradikalen ArbeiterInnenkomitees
- die Widerstandskultur der besetzen Jugendzentren
- taktische Bündnisse mit linken Parteien

Veranstaltung
mit GenossInnen der Autonomia
Donnerstag 3.März,20Uhr
Ort: Babylonia,Cuvrystr.23
Kreuzberg

Do 3.3.

Veranstaltung zum Buch, mit Susann Heim und Horst Kahrs. Sie werden insbesondere auf die von ihnen selbst geschriebenen Aufsätze eingehen.

Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11

SCHWARZE RISSE

Arbeitsmigration und Flucht

Vertreibung und Arbeitskrafteregulierug im Zwischenkriegseuropa

Verlag der Buchläden, Schwarze Risse* Rote Straße

Veranstaltung am 3.3.1994 im Gemeindesaal, Nostizstraße 6, 20 Uhr

---

Fr 4.3.

INFORMATIONS-/AUSTAUSCH-/DISKUSSIONS-VERANSTALTUNG

RASSISMUS IN GESETZESFORM – DAS NEUE ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

Wir wollen ...

* über dieses Gesetz und seine Folgen für die Flüchtlinge informieren...

* über die Umsetzung des Gesetzes in Berlin informiernen

*über die Möglichkeiten, die Verbindung des Widerstands von SozialhilfeempfängerInnen, Erwerbslosen und Arbeitsplatzbesitzenden gegen die Umverteilung von unten nach oben zu unterstützen, diskutieren

* über Widerstandsmöglichkeiten und Vernetzung von Gruppen in Berlin und Brandenburg reden.

Am Freitäg, den 4.3.94 um 19.30 Uhr im Haus der Demokratie, Friedrichstr.165, U Französische Str , Raum 111

"Initiative gegen das Leistungsgesetz"

SOLIKONZERT FÜR DIE ANTIFA JUGENDFRONT

Sa 5.3.

ab 19.00 Schülerbands
ab 22.00 "ONK ONK" (Berlin) +"FLEISCH" (Zürich)
ORT: Köpi 137
ZEIT: SA 5.März

Kein Fußballländerspiel am 20 April
Keine Plattform für FaschistInnen !

Das Vorbereitungsplenum vom 22.2.94 (Stadtteilladen Potzblitz) bzgl. des 20. Aprils 94 ruft zu einem Berlinweitem Vorbereitungstreffen auf. Dieses Treffen soll möglichst viele Gruppen ansprechen und die verschiedenen Stadtteiltreffen der letzten Wochen ergänzen und zusammenführen. Vorbereitungstreffen gg. das Länderspiel am 20.April

Ort: KIRCHE VON UNTEN
KREMMENERSTRAßE 9-10
Z.W. U-BHF BERNAUER UND EBERSWALDERSTRAßE.

ZEIT: 19.00
DATUM: 6.3.94

So 6.3.

KOMMT MASSENHAFT

Bisher rufen zu dem Treffen folgende Gruppen auf: A.F.F.I., Alternative Linke, Antirassistischer Kieztreff 61, Fußball-Cafe- Linksaußen, Fußballfanladen Anstoss, Türkiyemspor Fan Club Kreuzberg, FC.ST.PAULI Fan Club Berlin, PDS Berlin, Revolutionäre Kurdistan Kommitee



Fahrad Demo

auf der Autobahn

Sonntag 6.3.94 14 Uhr Rotes Rathaus

radfahren gegen den Bau des Stadtring-Süd / Neukölln

mit BISS und ELan gegen die...

AUTOBAHN

So 6.3.



Bürgerinitiative Stadtring-Süd
BISS



---

kommunistischer zirkel
DER REVOLUTIONÄRE FUNKE

Mo 7.3.

Vortrag und Diskussion:

ARBEIT FÜR ALLE ODER RECHT AUF FAULHEIT

Montag d. 7. März
Um 19 Uhr im Musik-Cafe Ton-Ton,
Boddin- Ecke Isarstr
(Nähe U-Bhf Rathaus Neukölln)

Antifaschistisches Video im Clash

The Good Fight

"Dokumentarfilm über die "Abraham Lincoln Brigade" im Spanischen Bürgerkrieg



Mo 7.3.

Montag, 7.3.94 um 21 Uhr im Clash

Clash, Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U-Bhf. Nauener Pl. o. Pankstr

---

Mi 9.3.



XINEMANAL
BEAM-KINO IM ANAL
Muskauer16x10999Bx

Jeden 2.ten Mittwoch Schwules Kino

Am 9.3. um 20h30, zeigen wir den israeelischen Spielfilm:" Dienstfrei" von 1989.Dabei geht es um Schwule im Israelischem Militaer.

JAHRHUNDERTSCHLACHT ZUM FÜHRERGEBURTSTAG AM 20. APRIL '94 IN BERLIN?

Wir wollen versuchen, den geplanten Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Das Fußball-Länderspiel England gegen Deutschland darf nicht am 20. April stattfinden!

Demonstration am SA 12.März'94 11 H 30 ab ROTES RATHAUS



im Weißbecker-Haus

Montag - Donnerstag 17 - 20 Uhr
Bücher, Infos, Videos

Essen	: Vegetarisch 5.-, mit Fleisch 7.-, Suppe 2.-, Salat 2.-, Dessert 1.-
Mo.	: Asylberatung 16 - 20 Uhr Palästina AG 19 Uhr
Di.	: Videos - Internationalismus 20 Uhr
Mi.	: Asylberatung 10 - 13 Uhr : Videos - Antifa 20 Uhr
Do.	: Asylberatung 16 - 20 Uhr : Initiative gegen Hauptstadtwahn und Umstruktuierung - 20 Uhr
Fr/Sa	: Konzerte, Feten
Kung-Fu	: Mo - Sa 19 - 21 Uhr + 13-15

Tel. 251 87 23
Cafe / Kneipe LINIE 1 16 - 4 Uhr
Wilhelmstr. 9, Kreuzberg
Tel. 251 85 39

HÄUSERKAMPFSOLIDARITÄTS-DEMONSTRATION



Im Sommer wurde die Höhenstraße 1 besetzt. Das Haus gehörte der Rentaco AG. Trotz Verhandlungen wurde geräumt. Wir besetzten die Fabrik (*unseren Kulturpalast*) neu. Die gehörte auch der Rentaco – deswegen haben wir es ja auch gemacht! Auch die Fabrik wurde geräumt. **Aber wir haben ihnen heimgeleuchtet**, und am nächsten Tag die Musikschule besetzt. Am 22.2. wurde die Musikschule geräumt und noch eines unserer Wohnhäuser! Danach gab es eine Demo. Wir haben Bullen vermöbelt, Glitzerläden zerkloppt, Wirbel gemacht. Und wir wurden verdroschen, verhaftet und schlecht gemacht. Danach haben wir wieder eine Demo gemacht, und auch die war **prima** und **dufte**. Aber das reicht noch lange nicht! **Die wollen noch mehr räumen. Und wir können auch anders.** Wir haben ihnen schon oft den Pelz verbrannt, diesmal wollen wir ihnen das ganze Fell gerben. Bis dann!

Sonnabend, den *5.3.94, 13 Uhr* Platz der Einheit – Potsdam